

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 10,- M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Ausschluss des Bezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. wöchentlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Wochensatz, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltigen Konversationsblätter haben deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Beilagen-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M., neue von Zeit zu Zeit. Beilagen-Anzeigen in Morgen-Ausgabe: das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Beilagen-Anzeigen: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4648, 4822

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Metallarbeiter Berlins

Ihr habt heute und an den zwei folgenden Tagen eine der wichtigsten Entscheidungen zu treffen, vor die das Berliner Proletariat je gestellt war.

Bei den Wahlen zur engeren Ortsverwaltung handelt es sich weniger um die Personen, die an die Spitze des Verbandes treten sollen, als viel mehr um die Sache, die hinter ihnen steht.

Es geht darum, ob die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer bisherigen Einheit erhalten oder ob sie zu Trümmern geschlagen werden sollen. Es geht darum, ob die deutsche Arbeiterklasse ihren letzten organisatorischen Zusammenhang behalten oder durch parteiegoistische Zersplitterungsarbeit zum Spielball der Unternehmer werden soll.

Wer die Liste Rutsch wählt, der trägt dazu bei, daß die Reaktion, daß die Gegenrevolution, daß der Kapitalismus triumphiert und das Proletariat eine neue Schwächung erleidet. Wer für die Liste Ziska-Urich stimmt, der bekundet damit seinen Entschluß, die Gewerkschaften zu kampffähigen Organisationen zu gestalten, die dem revolutionären Willen der Arbeiterklasse mächtvollen Ausdruck geben sollen.

Metallarbeiter Berlins! In Eure Hand ist die Entscheidung gelegt! Zeigt, daß Ihr den Ernst dieser Stunde erfaßt habt, wählt

### die Liste Ziska-Urich!

## Die Zertrümmerung der Gewerkschaften

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Deutschland hat Sinowjew, der wie ein Amokläufer gegen die internationalen Massen-Organisationen des Proletariats und insbesondere gegen die Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wütet, auf der 5. Moskauer Konferenz der Gewerkschaften eine Rede gehalten, die uns nun in der „Kommunistischen Zeitschrift“, dem offiziellen Organ der wirtschaftlichen Kommissariate der Sowjetregierung, vom 4. November im Wortlaut vorliegt.

Sinowjew beginnt mit der Lüge, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale „einen Teil der 2. Internationale und zudem den wichtigsten“ bildet, um dann fortzufahren:

„Dank dieser Organisation kann die Bourgeoisie noch weitere fünf, zehn und mehr Jahre ihrer Existenz von der Geschichte abhandeln. In Deutschland sind viele Gewerkschaften nichts weiter als Polizeireviere. Schritt um Schritt drehen die Führer dieser Bewegung den Strick um den Hals der Arbeiterklasse, indem sie ihre konterrevolutionäre Organisation ausbauen. Diese Leute, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und alle schwachen Seiten der Arbeiterklasse kennen, sind in der Lage, die Gewerkschaften in mächtige Bollwerke gegen die Arbeiterklasse zu verwandeln.“

Das letzte Hindernis auf dem Wege zum Sieg der proletarischen Revolution in Europa sind die Gewerkschaften in Gestalt ihrer betrügerischen Spitzen und gelben Führer, die in ganz Europa vielleicht nicht stärker als 200 bis 250 Mann sind. Zahlenmäßig ist das natürlich eine Kleinigkeit. Aber im Sinne ihrer sozialen Rolle bilden diese Leute ein gewaltiges Hindernis auf unserem Wege. Die Arbeiter in Europa hätten schon längst die Bourgeoisie überwältigt und sich auf eigene Füße gestellt, sie hätten sich vereinigt und mit ihrer Masse die Ueberreste der bürgerlichen Gesellschaft fortgeschwemmt, wenn zwischen ihnen und der Bourgeoisie nicht ein Dritter stehen würde, der sie hemmt.

Dieser „Dritte“ — das ist die ziemlich große Masse der Arbeiter-Aristokratie, die die bürgerlichen Vorurteile mit der Muttermilch eingesogen hat, jetzt die Bewegung der Arbeiter in eine andere Richtung lenkt und uns stets in den Weg tritt, wenn die Bourgeoisie in eine besonders schwierige Lage gerät.

Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste und ernsteste Frage der proletarischen Bewegung. Die jetzigen Gewerkschaften sind eine wissenschaftlich organisierte Konterrevolution, sind systematisch ausgearbeitete bürgerliche Reviere, deren Aufgabe es ist, unsere Reihen zu sprengen. Die dritte Internationale hat einen ungeheuren Sieg errufen, aber wir stehen jetzt vor der Aufgabe, das feindliche Lager der Weißen zu erobern, das sich Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nennt.

Jetzt taucht die Frage auf, wie wir uns organisieren, wie wir manövrieren müssen, um diese Gefahr leichter zu bewältigen. Wir haben die Zelle der internationalen Gewerkschafts-Union geschaffen, die in Moskau lebt und kämpft und obwohl sie nur einige Monate besteht, bereits eine ungeheure Arbeit geleistet hat. Wir haben den ersten einfachsten Schritt gemacht. Wir haben das Banner gehißt, jetzt jedoch stehen wir vor der Aufgabe, einen genauen Aktionsplan zu entwerfen, und wir müssen uns Rechenschaft abgeben, wie wir weiter handeln werden.“

Sinowjew geht zunächst auf die Frage ein, welche Stellung man den Syndikalisten gegenüber einnehmen müsse. Er beschränkt sich auf folgende Zusammenfassung mit ihnen, bis überall in der ganzen Welt die bolschewistische Revolution gesiegt hat. Nachher würde wahrscheinlich ein Teil der Syndikalisten und Anarchisten genau wie in Russland abschwenken. Für die Gegenwart jedoch proklamiert Sinowjew folgende Parole, die er vor allem an die Adresse der Führer und Parteifunktionäre richtet:

„Überlegt es Euch, bevor ihr ein Wort gegen die Syndikalisten sagt. D'Aragnon ist auch ein Marxist. Er hat Marx gelesen, um nach der Zeit die Arbeiter zu betriegen und alle Mittel gegen die Arbeiterklasse zu gebrauchen. Wir aber brauchen Leute, die Marx nicht gelesen haben, die aber, wenn die sozialistische Revolution begonnen hat, ehrlich und aufrichtig für sie kämpfen wollen.“

In seinen weiteren Ausführungen polemisiert Sinowjew gegen die Bedenken einiger Genossen, welche die Rolle der politischen Parteien in der dritten Internationale nicht so sehr betonen wollen. Er verlangt demgegenüber, daß die kommunistische Partei die allgemeine grundlegende Richtung der Internationale bestimmen müsse und daß man den Gewerkschaften gegenüber keine Heimsücherei, keine Diplomatie betreiben dürfe. Die internationale Konferenz der Gewerkschaften, die früher für den Januar in Aussicht genommen wurde, werde jetzt bis zum April verschoben werden müssen. Bis dahin müsse eine umfassende organisatorische und agitatorische Arbeit geleistet werden. Man müsse hierbei den Gewerkschaften offen sagen, daß sie einen Teil der dritten kommunistischen Internationale bilden würden. „Wir haben“, so erklärte Sinowjew wörtlich, „bisher darüber geschwiegen. Jetzt jedoch müssen wir

## Freisprechung der Mechterstädter!

### Die Justizschmach

Das Kameradengericht ist durch das Bürgergericht abgelöst worden. Die Geschworenen von Kassel, hohle Bourgeois, Großbauern und ähnliche Zeit- und Klassengenossen, der Staatsanwalt, die Verteidiger, sie alle haben an den Marburger Studenten kein Fehl gefunden. Die Berufsrichter konnten nichts anderes tun, als in den ihnen vorgelegten Akten zu beifügen, nämlich die Herren Studenten freisprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen. Und es war für den Vorsitzenden kein laurer Apfel, denn aus der Führung der Beweisaufnahme ging schon hervor, daß auch er von der Schuldlosigkeit der Marburger überzeugt war, bevor noch die Herren Geschworenen nach nur halbständiger Beratung ihren Spruch formuliert hatten.

Der Freispruch von Kassel schließt sich würdig den Urteilen an, die im Lieblincht-Luxemburg-Prozess gegen Marjoh usw. gefällt worden sind. 15 Arbeiter, die zum Schutze der verfassungsmäßigen Regierung eingeseht hatten, werden erschossen. Auf der Flucht natürlich. Genau so, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wie Joghies, wie Lojewski, wie die zahllosen Opfer der Konterrevolution auf der Flucht erschossen worden sind. Und die Gerichte finden das ganz in der Ordnung, die Kameradengerichte ebenso wie die Bürgergerichte!

In den Zeugnisausagen vor diesem Kasserer Gericht traten sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine bestand aus Angehörigen der „gebildeten“ Klassen und sie spendeten den Korpsstudenten hohes Lob für ihr korrektes Verhalten, sie ließen es an Dank für die tatkräftige Bekämpfung der „Spartakisten“ nicht fehlen. Die andere Richtung setzte sich aus Arbeitern zusammen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß das Gericht den Aussagen der ersten Zeugniskategorie größeres Gewicht beilegte als denen der zweiten. Und es war nur folgerichtig, daß der Verteidiger der Angeklagten, Herr Rütgebren aus Göttingen, besonders hervorhob, daß die Marburger Korpsstudenten sich in einem Feldzug gegen „ordnungsfeindliche Elemente“, gegen „Spartakisten“, befanden. Das konnte natürlich auf das Gericht nicht ohne Eindruck bleiben.

Alles, was zu Ungunsten der Angeklagten sprach, wurde von vornherein als geringwertig abgetan. Die Angehörigen der Volkspolizei waren Quartreiter, die angeblich nur aus politischen Gründen die Marburger Korpsstudenten anzuverhaften wollten. Andere Zeugen, die bestimmte Tatsachen mitteilten, wurden persönlich verdächtigt, ein Hauptzeuge,

der Redakteur Duderstadt, ist überhaupt nicht vernommen worden und der Verteidiger durfte ihm dazu noch den haltlosen Vorwurf machen, daß er sich von der Vernehmung habe drücken wollen.

So wurde es schon während der Verhandlungen klar, zu welchem Ziele sie führen würden. Das Ziel ist erreicht, die Korpsstudenten wurden wiederum freigesprochen. Aber trotz dieses erneuten Freispruchs wird sich das Urteil des Volkes über die Tat von Mechterstädt nicht ändern. Die Tragödie von Mechterstädt ist mit diesem Urteil erst vollendet. Erschüttert fühlt das Proletariat, wie ihm in diesem Klassenstaate kein Recht geweigert, wie es für die Arbeiterklasse keine Gerechtigkeit gibt, wie Blutschuld ungegähnt bleibt, wenn der Mord an Arbeitern begangen ist. Erst nach Ueberwindung des Klassenstaates wird dem Proletariat sein Recht werden!

(Verhandlungsbericht 3. Seite.)

## Der sächsische Bergarbeiterstreik

M. Dresden, 17. Dezember.

Im Rahmen der großen politischen Aussprache im sächsischen Landtage teilte heute Arbeitsminister Jäckel mit, daß morgen in Berlin das Schiedsgericht über den sächsischen Bergarbeiterstreik zusammentreten werde, um den Streik zu beenden. Die für heute vormittag nach Hohenstein-Ernstthal anberaumten Verhandlungen hätten nicht stattfinden können. — — — Wie die „Chemnitzer Volkstimme“ erfährt, sind die gestern stattgefundenen Einigungsverhandlungen abermals gescheitert. Das Angebot der Bergbesitzer war noch geringer als das, was der Bergarbeitervereinigungen in Berlin gemacht worden war. Die Arbeiter lehnten das Angebot ab; ein Vermittlungsvorschlag der Arbeitervertreter dagegen wurde von den Bergbesitzern abgelehnt.

## Die Getreideverschiebungen

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages ging Wirtschaftsminister Schwarz kurz auf die Getreideverschiebungen ein. Er erwähnte dabei, daß diejenigen, die heute Partei für die Getreidebesitzer ergreifen, u. a. die Mitglieder der Dresdener Produktionsräte, doch lieber recht sehr vorsichtig sein sollten. Er wolle der Untersuchung nicht vorgreifen, könne aber schon jetzt sagen, es liege ein solches Betrugsmaterial vor, daß Zuchthausstrafen diejenigen erwarteten, die heute noch mit Hofratstiteln herumlaufen!

diesen Gedanken verwirklichen und den Arbeitern der ganzen Welt erklären, daß es anders gar nicht gehen kann."

Diese Ausführungen Sinowjews, die in ermüdender Breite die bekannten Plattheiten und Gemeinheiten dieses Spaltungsfanatikers und bewußten Lügners wiederholen, lassen hinsichtlich der den Gewerkschaften zugeordneten Rolle keinen Zweifel bestehen. Ebenso wie die Parteien sollen auch die Gewerkschaften in allen Ländern zertrümmert werden, damit das Moskauer Exekutivkomitee jenes Menschenmaterial, jenes Kanonensfutter erhält, das es zur Durchführung seiner putschistischen Pläne braucht, um sich an der Macht zu erhalten. Deshalb wird gegen die "gelben" Gewerkschaftsführer mit denselben Mitteln der Lüge und der Verleumdung gekämpft, wie gegen die Führer der sozialistischen Parteien, die sich der Moskauer Diktatur nicht beugen wollen. Deshalb wird der italienische Gewerkschaftsführer d'Aragona, dessen Beschimpfungen Serrati, selbst Mitglied der dritten Internationale, empört zurückgewiesen hat, als Arbeitervertreter gebrandmarkt. Deshalb wird um die Syndikalistischen und Anarchisten geworden fallerding mit dem Hintergedanken, sie nachher, wie in Rußland, mit allen Mitteln der Gewalt unter die bolschewistische Diktatur zu zwingen) und die Parole ausgegeben, daß man Leute nicht brauche, die Marx gelesen haben! In der Tat, wozu brauchen Leute vom Schlage Sinowjews und Konsorten marxistisch gesaltene Proletarier? Sie brauchen willenlose Handlanger, die sich nach Lubendorff-Art kommandieren lassen und die Probleme der sozialen Revolution mit der Moskauer Heugabel und dem Schimpfexikon Sinowjews lösen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands werden aus dieser neuesten "Leistung" Sinowjews erleben, was den gewerkschaftlichen Organisationen, den einzigen ungedrohten Klassenorganisationen des Proletariats, bevorsteht, wenn dem zerstörenden Treiben der kommunistischen "Zellenbauer" und Spaltpläne nicht rechtzeitig ein fester Damm entgegengekehrt wird. Sinowjew selbst aber, der es wagt, unsere Gewerkschaften als Volkzeitung und Bollwerke der Konterrevolution zu beschimpfen, zeigt erneut, daß er der Krupellose Berle und der Gebilbene ist, den wir bereits gebrandmarkt haben. In Halle hat er erklärt, daß die Antierdamer Gewerkschaftsinternationale gefährlicher sei als die Orgesch-Deute und die Weißgardisten. Jetzt überbietet er diese Provokation durch noch schlimmere Beschimpfungen der deutschen Gewerkschaften.

Ehrenpflicht eines jeden revolutionären Arbeiters ist es, diesem gewissenlosen Zerstörer der Arbeiterbewegung und seinen deutschen Handlangern die gebührende Antwort zu geben.

Die jetzt stattfindenden Neuwahlen im Metallarbeiterverband bieten Gelegenheit dazu. Wenn es erst ist um die Einheit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, um ihre Eingliederung in die Front der sozialen Revolution, der Stimme gegen die Handlanger Sinowjews, für die

### Diste Ziska-Urich.

### Gaukelspiel

Seitdem die Rechtssozialisten den festen Boden sozialistischer Grundsätze verlassen haben, sind sie gezwungen, statt klarer Herausarbeitung der sozialen und politischen Probleme durch mehr oder minder geschickte Sophistereien die Aufmerksamkeit von den Hauptpunkten abzulenken.

Ein Musterbeispiel dafür bieten die gestrigen Betrachtungen des "Vorwärts" über die Berner Konferenz und das künftige Schicksal der Unabhängigen Sozialdemokratie. Auf welcher geistigen Höhe diese Betrachtungen stehen, geht schon daraus hervor, daß die weitere Existenz unserer Partei lediglich darauf zurückgeführt wird, daß der große Parteiapparat "mit allen seinen besoldeten Sekretären, Redakteuren, Agitatoren und seinen Tausenden von Tagungssolaten" erhalten werden müsse. Aus dieser Trostperspektive eines Parteibureaufunktionärs wird das große schicksalsschwere Problem der Zersplitterung der deutschen Sozialisten betrachtet. Kein Wunder, daß dabei nichts weiter als einige Seichtheiten herauskommen.

Für den "Vorwärts" reduziert sich die Parteientragdicke des deutschen Proletariats auf den Gegensatz zwischen "wirklichem Kommunismus und wirklicher Sozialdemokratie". Der rechtssozialistischen Partei schreibt er die Rolle des wahren Vertreters der Sozialdemokratie zu, während die Kommunisten als die Beförderer des wirklichen Kommunismus erscheinen. Das eine ist aber so falsch wie das andere, und deshalb ist auch die Folgerung des "Vorwärts" illusionär, daß die U.S.P.D. zwischen den Rechtssozialisten und den Kommunisten erdrückt werden würde.

Wie wenig die rechtssozialistische Partei Anspruch erheben kann, als Vertreterin der alten revolutionären deutschen Sozialdemokratie zu gelten, kann jeder erkennen, der sich ihres schmählichen Zusammenbruchs im Kriege und ihres nicht minder schmählichen Versagens in den Revolutionsjahren erinnert. Da gibt es kein Verhüllen und kein Verleugern! Aus der Kriegsschuld der Rechtssozialisten entwickelte sich zwangsläufig ihre Bankrotspolitik in der Revolution, die zur Preisgabe der Interessen des Proletariats und der wichtigsten Position der Revolution führte.

Nicht minder unrichtig ist die Darstellung, als seien die Kommunisten Vertreter des wirklichen Kommunismus. Entweder ist das Ignoranz oder Förderung des bolschewistischen Zerrbildes des Kommunismus zum Zweck der Aufrechterhaltung der Verwirrung in den Reihen des Proletariats.

Wollte der "Vorwärts" sachlich und nicht unter dem Gesichtspunkt des Parteigeschäftes, an das Problem der proletarischen Zersplitterung herangehen, so müßte er anerkennen, daß die unglückselige Dreiteilung der proletarischen Front in Deutschland nicht auf die Mandoer einzelner Führergruppen, sondern auf die geschichtliche Antife einzelner Teile des Proletariats zurückzuführen ist, die einerseits das Verharren des rechten Flügels im Banner reformistischer, antirevolutionärer Vorstellungen und andererseits die bolschewistische Verwirrung seines äußersten linken Flügels bedingt.

Die Ueberwindung dieses Gegensatzes ist nur möglich, wenn die große Masse des deutschen sozialistischen Proletariats sich auf dem Boden des revolutionären Marxismus zusammenfindet, den die Rechtssozialisten ebenso wie die Kommunisten verlassen haben. Diese Einigung herbeizuführen ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie, und aus der Notwendigkeit dieser Aufgabe ergibt sich auch die historische Mission unserer Partei, die nicht das Ergebnis des Willens einzelner Personen, sondern das notwendige Resultat der proletarischen Entwicklung in Deutschland ist.

Was hier auf nationaler Grundlage formuliert ist, gilt auch für die internationalen Aufgaben der revolutionären marxistischen Parteien. Das ist der Sinn der internationalen

Wktion, die in Bern eingeleitet hat und in Wien ihre Fortführung finden wird.

Für den Mangel an Argumenten ist es bezeichnend, daß der "Vorwärts" seine ganze "sachliche" Kritik der Berner Konferenz auf den Satz Hunsmans reduziert, der die Delegierten in Bern mit den Worten charakterisierte: "Leute, die ungeschicklich so reden wie Moskau und genau so denken wie wir". Wir können über dieses Wortspiel ruhig zur Tagesordnung übergehen, denn so weit es sich um die Proklamierung revolutionärer Ziele handelt, reden wir in der Tat "wie Moskau", ohne uns seine verhängnisvollen Methoden zu eigen zu machen. Was jedoch die angebliche Identität des Denkens bei uns und bei der zweiten Internationale anbelangt, so mag sein, daß einzelne Führer der zweiten Internationale in ihrem Denken den Grundfragen des Marxismus treu geblieben sind. Doch in ihrem Handeln, in ihrem ganzen Wesen ist die zweite Internationale eine tote Form, die nur ein Hemmnis für den Befreiungskampf des Proletariats bildet. Sie wird weder durch Wortspiele noch durch journalistische Eiertänze zum Leben erweckt werden. Ihr Schattendasein findet vielleicht nur darin eine gewisse Erklärung, daß es leider noch immer beträchtliche Schichten der Arbeiterschaft gibt, die das Gaukelspiel nicht einzusehen vermögen, das die rechtssozialistischen Parteien mit ihrem Schicksal und mit der Zukunft des Sozialismus treiben.

### Die angebliche Krise

Die Beratung der Abänderung des Reichsnotopfergesetzes hat von allem Anfang an die Steuersehen der besitzenden Kreise angeht. Insbesondere aber auch die Scheu der bürgerlichen Parteien, die Verantwortung für die schnellere Einziehung des Notopfers ihren Wählern gegenüber zu übernehmen, denen sie monatelang eingerebet haben, daß das Notopfer befristet werden müßte. Nach großen Bemühungen war es aber am Donnerstag gelungen, ein Kompromiß unter den bürgerlichen Parteien zu vereinbaren, das die Annahme des grundlegenden Paragraphen 1 der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen sicherte. In der Freitagssitzung des Ausschusses aber erschütterte Hefflerich das Kompromiß durch die Einbringung eines ganz neuen Abänderungsantrages, der sofort von dem volksparteilichen Führer, Dr. Becker-Hessen, unterstützt wurde. Das hatte die Stimmhaltung der Demokraten zur Folge, die den Ertrag haben, sich in dem Konferenzkampf mit den Volksparteilern nicht durch größeren Mut auszuzeichnen.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien ist um so unerhörter, als der Ausschuh die Regierungsvorlage außerordentlich verzwiffert hat. Die Zahlungsstrafen sind herausgeschoben worden, die Härtebestimmungen wesentlich gemildert und es ist sogar die Bestimmung eingefügt worden, daß, wenn Einpruch gegen die Veranlagung erhoben wird, die Einziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einpruchsbekandes ausgesetzt ist. Jeder Drückberger hat also die Möglichkeit, seiner Zahlungspflicht auf Monate hinaus zu entgehen.

Den ganzen gestrigen Nachmittag hindurch haben Verhandlungen zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien und den Regierungsvertretern stattgefunden. Die Deutsche Volkspartei hielt eine lange Fraktionsführung ab, ihr Ergebnis liegt noch nicht vor. Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß die ganze Sache beigelegt wird, und daß sich wiederum ergibt, daß in der Steuersehen und in der Absicht der Täuschung der Massen alle bürgerlichen Parteien einig sind.

### Ein Großwahltag

Das Preussische Staatsministerium hat am 16. Dezember beschlossen, am 20. Februar, zugleich mit den Landtagswahlen, die Provinzial- und Kreistagswahlen vorzunehmen zu lassen.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung auf Grund der §§ 6 und 38 des Reichswahlgesetzes als Wahltag für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein (1. und 14. Reichstagswahlkreis) den 20. Februar 1921 bestimmt.

### Der Streik in Halle beendet

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse ist auf Empfehlung der kommunistischen Zentrale in Berlin der Streik in Halle abgebrochen worden. Im Laufe des gestrigen Vormittags hatte sich teilweise heftiger Widerspruch gegen den Streik geltend gemacht. Die Bergleute in der Umgebung von Halle waren vollständig eingeschafren.

Die Verhaftung Sterns ist nach einer Meldung des "Volks-Anzeigers" auf Veranlassung des Ministeriums des Innern erfolgt. Seine politische Betätigung führte, da er Ausländer sei, zu seiner Ausweisung.

### Die Lügen des Herrn Rahr

#### Tatsachen zur Entwaffnungsfrage

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

In der Note der deutschen Regierung an die Entente wird bezüglich der Entwaffnung in Bayern folgendes gesagt: "Die im Entwaffnungsgelehr vorgegebene freiwillige Waffenabgabe hat in Bayern ein weit ungünstigeres Ergebnis gehabt als im übrigen Deutschland. Die abgelieferten Waffen stammten überdies zum Teil von den Einwohnerwehren, die sich also nicht auf die ihnen zunächst nur vorgeschriebene Anmeldung ihres Waffenbestandes beschränkt, sondern den für entscheidlich erachteten Teil alsbald abgeliefert haben. Die Ausrücker hatten sich aber im April 1919 bei Erkürmung der Münchener Kasernen großer Waffenporträte bemächtigt, und die planmäßige militärische Abschuhung der Stadt hat später nur den geringeren Teil dieser Vorräte wieder zutage gefördert. Es muß also als feststehend betrachtet werden, daß sich noch sehr beträchtliche Mengen von Waffen aller Art in den Händen der ordnungsfeldlichen Elemente befinden."

Diese Behauptungen sind un wahr. In ganz Bayern wurde während der Revolution nicht eine einzige Kaserne erkümt, weder bei der Revolution des 7. November, noch zur Zeit der Räterepublik. Lediglich am 21. Februar 1919, nach Eisners Ermordung, wurde versucht, das Zeughaus zu erkümen, der Versuch konnte aber durch glückliches Zutreffen vereitelt werden. Ueber die Bewaffnung der Arbeiter während der Räterepublik im April 1919 verbreitete man phantastische Zahlen, so erzählt eine Berliner Zeitung, daß das Dachauer Heer 100 000 Mann betrage. Tatsächlich waren die Dachauer Truppen 1200 Mann stark, einbegriffen Train und Ciappe. Gegen diese 1200 Mann zog ein mit modernsten Waffen ausgerüstetes, von deutschen Generalstabs-offizieren geleitetes Heer in Stärke von sage und schreibe 45 000 Mann.

In München waren von der Arbeiterschaft insgesamt nur 4000 Mann mit Gewehren bewaffnet worden. Ein Teil dieser Gewehre wurde schon am 23. und 24. April in die Betriebsdepots

zurückgebracht. Die Münchner regulären Soldaten, die hinter der Räterepublik standen, waren 2000 Mann stark. Der Waffenbestand in allen Kasernen Münchens umfaßte 5000 Gewehre. In den Zeughäusern befanden sich laut Akten des Generalkommandos I. Bayerisches A.-K., bei Aufrichtung der Räterepublik etwa 8000 Gewehre, die zum Teil nicht einmal gebrauchsfähig waren. Am 1. Mai 1919 wurde von der Münchner Arbeiterschaft mindestens die Hälfte der erhaltenen Gewehre auf Grund der Aufrufe der Betriebsräte, die zur freiwilligen Waffenabgabe aufgefordert hatten, in den Betrieben und in Waffenammesstellen niedergelegt.

In den Kampftagen des Mai waren im ganzen, so unglücklich das klingen mag, nicht mehr als 400 Notgardisten am Kampf beteiligt. In Dachau, dem Schauplatz der schwersten Gefechte, kämpften zum Beispiel 80 Leute, denen eine Koskemaht von zirka 6000 Mann gegenüberstand. Nach der brutalen Niederschlagung der Räterepublik und nach der militärischen Durchsuchung erließ General Mähl einen Aufruf zur Waffenabgabe, den er damit begründete, daß in München allein 100 000 Gewehre sich befunden hätten, von denen erst zirka 25 000 erfasst worden seien. Einige Tage später wurde dem General in der "Neuen Zeitung" auf Grund der Zahlen der Akten des I. A.-K. nachgewiesen, daß das ehemalige I. Armeekorps, zu dem das südlich der Donau gelegene Bayern gehört, keine 100 000 Gewehre hatte. Gleichzeitig wurde in einem Artikel Herrn Mähl vorgehalten, daß er mehr Waffen "gefunden" habe, als in München überhaupt existierten.

Und wie waren die Verhältnisse außerhalb Münchens? In den Augsburgener militärischen Waffendepots befanden sich bei Aufrüstung der Räterepublik einige tausend Gewehre. Die größte Zahl dieser Gewehre wurde schon am 14. oder 15. April von Augsburg Stadtkommandanten Edelmann, einem Rechtssozialisten, der in der Räterepublik eine sehr zweifelhafte Rolle spielte, den Regierungstruppen im Lager Laidfeld ausgeliefert. Den Augsburgener Arbeitern wurden im ganzen 500 Gewehre ausgegeben. Die Münchner-Augsburger Maschinenwerke, in denen 4000 Arbeiter beschäftigt sind, bekamen 150 Gewehre und eine Räte-Munition (1125 Patronen). Diese 500 Gewehre wurden auf Grund eines Abkommens mit den Regierungstruppen am 22. April noch Unbrauchbarmachung von den Augsburgener Arbeitern abgeliefert. In Würzburg, Aschaffenburg und all den anderen Städten, in denen sich die Räterepublik einige Tage halten konnte, kam es überhaupt nicht zur Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Das also sind die Unterlagen, die der Ordnungspolitik der Mittelsbadschen Treuhänders Rahr zugrunde liegen. Die deutsche Regierung, die die Pflicht hatte, die Angaben Rahr nachzuprüfen, machte sich in unterantwortlicher Weise zum Schuldträger der Rahr'schen Lügen und gibt aus Ohnmacht gegenüber der bayerischen Reaktion dem Ausland ein völlig falsches Bild von den Verhältnissen in Bayern. Es ist Tatsache, daß in Bayern von irgendeiner Bewaffnung auch nur von ganz geringen Teilen der Arbeiterschaft keine Rede sein kann. Lügnerische, zu außenpolitischen Zwecken erfundene Behauptungen sind es, daß in Bayern Kommunisten und andere Arbeiter mit allen "modernen Waffen" ausgerüstet seien.

### Die innere Lage Rußlands

#### Die Unzufriedenheit der dunklen Masse

Dr. Bestinglers, 18. Dezember.

Im zweiten Teil seiner Rede auf der Konferenz der Gouvernements-Agrarabteilungen äußerte sich Trozki über die innere Lage Sowjetrußlands. Er sagte: "Die Opposition innerhalb der kommunistischen Partei ist nur oberflächliche Natur. Weit bedenklicher ist es dagegen, daß unter den breiten Arbeiter- und Bauernmassen Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Zerrüttung herrscht. Dies ist zweifellos der Fall. Bei den dunklen Massen kann diese Unzufriedenheit sich in einem elementaren lärmlichen Ausbruch der Empörung äußern. Durch unser Gelehr über den Bürokratismus des Sowjetregimes erwecken wir in den finsternen Köpfen der Bevölkerung die Vorstellung, daß der Bürokratismus ein Ungeheuer sei, welches im Zentrum thronet und dem Lande die Lebensmittel vorenthalte. Infolgedessen verhält sich die Bevölkerung zum Sowjetregime sehr ebenso, wie sie sich früher zum Kapital verhielt, das sie ausbeutete und ihnen den Mehrwert abnahm. Daß die Mütter ihre Kinder nicht ernähren können, daran tragen wir nur zum hundertsten Teil die Schuld. Die Hauptursache liegt in der allgemeinen Verelendung. Es wird nichts Neues produziert. Die Bevölkerung meint, daß der Bürokratismus" nur ein anderer Name für die Sowjetmacht sei. Diese Auffassung herrscht nicht nur unter den Bauern, sondern sogar unter den Arbeitern. Es muß unsere Aufgabe sein, die Arbeiter für uns zu gewinnen, wie es zur Zeit des Oktobersturzes geschah, und ihnen Begeisterung einzulößen. Es tut not, die wirtschaftlichen Anordnungen, gestützt auf das Bewußtsein der Massen, durchzuführen. Ohne Repressalien, ohne Bestrafung der Widerständlichen können wir nicht auskommen. Die Vergangenheit macht sich noch stark fühlbar. Wir wollen mit unserem Beispiel die Massen anfeuern. Im Frühjahr wollen wir an irgendeinem Ende Mostaus alles niederreißen, dort zwei Häuserblöcke mit guten Wohnungen, gemeinsamer Küche und Kindertruppen errichten, damit die wertigste Bevölkerung fest, daß wir zu bauen imstande sind. Was uns noht, ist ein allgemeiner Aufschwung."

### Die Brüsseler Sachverständigen-Konferenz

In Brüssel haben bis jetzt nur die Deutschen gesprochen. In der Sachverständigen-Konferenz am Donnerstag gab Reichsbankpräsident Havenstein einen Ueberblick über den Stand des deutschen Geldwesens und der deutschen Valuta. Havenstein stellte die Angaben aus der letzten Brüsseler Finanzkonferenz dahin richtig, daß auf Grund der angestellten Nachprüfung sich im gesamten ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter die Einfuhr von nicht weniger als 36 Milliarden Mark, also durchschnittlich von sechs Milliarden Mark monatlich ergeben habe. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Havenstein, daß eine Verbesserung der deutschen Valuta nur aus einer Verringerung der Zahlungsbilanz erfolgen könne.

In der Sitzung am Freitag vormittag gab Staatssekretär Bergmann einen Ueberblick über die Ansichten der deutschen Regierung in der Reparationsfrage, wobei er einen Unterschied machte zwischen der Frage der Reparation in natura und der Reparation in Geld. Bezüglich der Frage der Reparation in natura skizzierte Staatssekretär Bergmann einen Plan, der später revidiert und besprochen werden wird. Der deutsche Delegierte betonte die Schwierigkeiten, die für Deutschland bestehen würden, Zahlungen in bar zu machen, solange die finanzielle Lage und der Kurs der Mark sich nicht gebessert haben.

Freitag nachmittag fand zwischen den Delegierten der Alliierten ein Meinungsaustausch statt über die Methode, die angewandt werden soll, um gewisse Vorschläge und Anregungen der deutschen Delegation näher zu prüfen. Der deutschen Delegation ist im übrigen ein Fragebogen überreicht worden, der gewisse nähere Angaben über die wirtschaftliche Lage, die finanzielle Lage, die Ausfuhr und die Einfuhr Deutschlands verlangt.

# Stadtkämmerer Böß — Oberbürgermeister von Berlin

Gestern beschäftigte sich der zur Vorbereitung der Wahl eingeleitete Ausschuss mit der Oberbürgermeisterwahl. Die Sachlage ist die: Bei Bildung des Magistrats hatten sich die sozialistischen Parteien, damals Unabhängige und Rechtssozialisten, nach langen Verhandlungen auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Danach wurde bei der Wahl trotz bestmöglicher Bekämpfung durch die bürgerlichen Gegner verfahren. An diesem gemeinsamen Vorgehen wurde auch nichts geändert, als die Stadtverordnetenversammlung nach dem Gewaltstreik der Reaktionskräfte in der preussischen Landesversammlung zu einer nachmaligen Wahl schreiten mußte.

Der Rücktritt des Oberbürgermeisters stellte die sozialistischen Parteien vor eine neue Situation. Die bürgerliche Meute läßt den Oberbürgermeister Wermuth in der schärfsten Weise an, wegen seiner angeblich schlappen Haltung im Elektrizitätsstreik. Die sozialistischen Parteien kamen überein, den Antritt der Gegner zurückzuschlagen durch eine Vertrauenserklärung für Wermuth. Von diesem gemeinschaftlichen Schritt traten die sich inzwischen zu einer Fraktion zusammengeschlossenen Kommunisten zurück. Sie brachten dadurch Wermuth zu Fall und erwiesen sich als wenig zuverlässige Bundesgenossen im Kampfe gegen die bürgerlichen Gegner. Die Kommunisten bildeten nunmehr auch keine zuverlässige Basis mehr für das Wirken der sozialistischen Magistratsmitglieder. Ihr Verhalten in den letzten Wochen hat diese Meinung nur noch bestätigt. Immerhin ist eine, wenn auch sehr schwache Mehrheit aus Rechtssozialisten und Unabhängigen im Rathause vorhanden. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangte die unabhängige Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung zu dem Entschluß, für die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens einen Kandidaten ihrer Partei, als der stärksten, anzuführen, zumal schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen von den Rechtssozialisten der Anspruch unserer Partei auf dem Posten anerkannt worden war.

Als Kandidaten brachte unsere Fraktion den Genossen Dr. Wegl in Vorschlag. Wegl steht seit 20 Jahren in der kommunalen Arbeit und bringt alle Erfahrungen mit, die man nach Lage der Dinge verlangen kann. Die Rechtssozialisten, die mit denen zunächst Fühlung genommen wurde, erklärten, daß sie mit denen unser Partei auf den Posten des Oberbürgermeisters anerkennen, daß sie sich aber das Recht vorbehalten müßten, die in Vorschlag gebrachte Person näher zu prüfen. Sie wies damit dasselbe, was wir jederzeit gegen einen von ihnen in Vorschlag gebrachten Kandidaten in Anspruch genommen hätten. Sie lehnten dann unseren Kandidaten als ansehnlich ungeeignet ab. Sie gaben uns den Rat, einen anderen Vorschlag zu machen.

Unsere Fraktion sah sich nicht in der Lage, diesem Ansuchen Folge zu leisten, zumal keine Garantie vorhanden war, daß ein anderer Vorschlag eine andere Aufnahme finden würde. Sie präsentierten vielmehr Dr. Wegl dem Wahlausschuss gestern als einen Kandidaten. Die Kommunisten erklärten, für ihn stimmen zu wollen; die übrigen Mitglieder waren für unseren Vorschlag nicht zu haben. Nur die Deutschen Nationalen erklärten es für richtig, daß die stärkste Partei den Oberbürgermeister stelle; der Magistrat sei gegen ihren Willen politisch aufgezogen, man habe von einem homogenen Magistrat gesprochen und da sei es folgerichtig, nun auch den politischen Parteien, die den Magistrat geschaffen hätten, die volle Verantwortung zu überlassen.

Die übrigen bürgerlichen Mitglieder widersprachen dieser Auffassung. Man müsse an die Spitze Berlins einen Mann stellen, der im Verwaltungswesen erfahren sei und Berlin aus den Schwierigkeiten herausführen könnte. Die Rechtssozialisten wiederholten ihre schon oben dargelegte Erklärung.

Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen und die bürgerlichen Vertreter mit Rechtssozialisten mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, traten zu einer längeren Aussprache zusammen, die damit endete, daß sie nach Eröffnung der Sitzung erklärten: „In der Öffentlichkeit sei der Name des Kämmerers Böß genannt worden“. Es sei notwendig, meinte der Vertreter der demokratischen Partei, in der jetzigen Lage einen unpolitischen Verwaltungsbeamten an die Spitze der Stadt zu stellen. Ihm schlossen sich die Vertreter der anderen Parteien an. Auch die Rechtssozialisten sprachen sich für Böß aus. Nur wollte niemand Böß als Parteikandidaten präsentieren. Um sich aus dieser Situation zu retten, wurde Zettelwahl beantragt, die ergab, daß 12 Stimmen erhielt, während für Dr. Wegl 10 Stimmen abgegeben wurden. Drei Zettel waren unbeschrieben, sie sind von den Deutschen Nationalen abgegeben worden.

Nach dieser Sachlage bilden die Deutschen Nationalen das Zünglein an der Waage. Nachdem sie erklärt haben, daß für sie Böß nicht annehmbar sei und sie den einen Fachmann für ungenügend halten und die volle Verantwortung den Sozialisten zugeschoben werden müsse, ist die Lage im Rathause keineswegs klar. Wir haben an den Stimmen der Deutschen Nationalen natürlich kein Interesse, da sie nur Doppelpolitik treiben. Daß die Situation so gekommen ist, ist in gleicher Weise Schuld der Rechtssozialisten und der Kommunisten, die wohl vorgeben, grundsätzlich sozialistische Politik zu treiben, in Wirklichkeit aber die Tätigkeit des von ihnen selber mit gewählten Magistrats tagelänglich labotieren. Die Rechtssozialisten aber übernehmen eine Verantwortung, die sie vor der Berliner Arbeiterschaft nicht beantworten können.

## Der Mord von Mechterstädt

Am Freitag wurde die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Sachverständiger Dr. Engelhardt befand, daß er keine eindeutige Verlesung festgestellt habe, die nicht von Schüssen hergerührt habe, und zwar auch in denjenigen Fällen, in denen die Verlesungen den Laien als Stichwunde erschienen. Anhaltspunkte dafür, daß die Gefangenen nicht im Laufem getrossen worden seien, bestanden nicht. Es wird nun ein Telegramm des Zeugen Henning, das er bei der Verlesung, worin dieser erklärt, daß er keine Ladung erhalten habe und gegen die Bemerkung des Verteidigers protestiert, daß er sich mit Absicht dem Projektil fernhalte. Der Staatsanwalt teilte mit, daß nach einer telegraphischen Meldung der Staatsanwaltschaft Eisenach gegen den Zeugen Henning ein Verlesung ein Verfahren wegen Meineid und Verlesung zum Meineid schwebt und um Nachsicht bitte, ob sich aus der Aussage des Hesse in diesem Prozeß ebenfalls der Verdacht eines Meineids ergebe. Gerichtsarzt Dr. Janide aus Eisenach befindet in längeren Aussagen, daß die Schüsse nachweisbar von hinten und von oben abgegeben seien. Der Henschuh bei Harnschuh sei allerdings von vorn eingetreten, sei aber erst der zweite Schuß gewesen.

Gewehrfabrikant Schrader äußert sich über die Wirkung des Schusses, das er bei kurzen Entfernungen als ein äußerst ungenaues Geschos bezeichnet. Es sei durchaus möglich, daß die Schüsse einen genaueren Anblick geboten hätten. Die hohe Genauigkeit der Schüsse erklärte der Sachverständige erstens durch das Fehlen der Schiffe, durch die Flucht bedingte Schiffe, das kein genaues Ziel ermöglichte, zweitens damit, daß jeder Mensch im Nebel sich auf Augen anderer vergrößert, drittens, daß das Visier des In-

fanteriegewehrs, auf 400 Meter Fernschuß eingestellt, auf kürzere Entfernung erhöht sieht, und viertens damit, daß die Angeklagten meistens Offiziere gewesen seien, die schon lange nicht mehr mit Gewehr oder Karabiner Schießübungen gemacht hätten.

Nach weiteren Ausführungen der Sachverständigen, Oberleutnant v. Penzler und Professor Dr. Külle wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Danach begannen die Plädoyers.

### Staatsanwalt Sauer.

Er begrüßte es, daß die Berufung vor das unparteiische Schwurgericht gegangen sei. Unser Urteil beruht nur auf der Beweisaufnahme. Wir dürfen nicht unter dem Einfluß der Linkspresse oder der Rechtspresse stehen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Die Annahme, daß die Angeklagten die Gefangenen zur Flucht gedrängt haben, dann läme die Schuld des Totschlages in Betracht, oder man muß annehmen, daß die Gefangenen freiwillig gestanden und die Angeklagten im Mittel der Verlesung fahrlässig zu weit gegangen sind. Dann wäre es fahrlässiger Totschlag. Gegen das Studentenkorps ist der Vorwurf erhoben worden, daß es aus Rachsucht und eventuell zugunsten der Rappregierung ausgezogen sei. Der Zeuge Hauptmann Meyer hat uns aber bewiesen, daß ein militärisches Eingreifen gegen das Befehlen einer roten Armee durch die Zeitverhältnisse notwendig war. Der Verdacht des Racheburses liegt also fern. Auch der Vorwurf einer unerlaubten Festnahme und einer mit Gewalt und Rohheit erfolgten Arretierung unschuldiger Arbeiter, ist nicht erwiesen. Durch die Zeugenaussagen ist die Schuld der erschossenen Arbeiter festgestellt. Es ist verwunderlich, daß die Gefangenen beim Durch-

## Genossen! Metallarbeiter!

Sonnabend, Sonntag und Montag ist Wahl der engeren Verwaltung.

Wählt und werbt nur für die

### Liste Ziska-Urich

Die linke Hälfte des Stimmzettels ist zu durchstreichen.

Keiner darf die Wahl verfäumen!

marisch durch Mechterstädt nicht um Hilfe gerufen haben. Das ist mir ein wichtiges Argument. Die Zeugenaussage des Bah ist in zu vielen Punkten widerlegt, als daß sie mir ganz unzweifelhaft erscheinen könnte. Bah war auch bei den Einwohnern als einer der schlimmsten bekannt. Ich kann nach dem Zeugendeweis dem Angeklagten keine Schuld nachweisen. Durch die Sachverständigen sind alle Angaben, daß die Geideten durch Kolbenstöße getötet, oder aus nächster Nähe von vorn erschossen worden seien, widerlegt worden. Ich beantrage, die Schuldfrage zu verneinen, weil der Beweis nicht ausreicht.

Verteidiger Dr. Lucigebirne führte aus: Wer in diesem Prozeß große Sensationen erwartet hat, ist bitter enttäuscht worden.

### Gerechtfertigt sind die Angeklagten.

gerichtet die Angeber. Der Verteidiger erörterte dann in längeren juristischen Ausführungen die gesetzliche Grundlage des Anlagenvorwandes. Die unsinnige Behauptung, daß die Angeklagten selbst aus Wollust an Grausamkeiten nach Thüringen gezogen seien, um möglichst viel Spartaletts zu ermoren, sei hier als „abermäßig“ abgetan worden. Alle Klatschereien und Aufbauschungen des Hermling- und Lämmer-Kreises hat man nachgeprüft; aber wo man ihn angefaßt hat, überall ist der Versuch des Schuldbeweises morsch an allen Gliedern. Der politische Verstand, die sich an die Entscheidung von Rechtsfällen heranmacht, muß endlich ein „Hände weg!“ zugerufen werden. Als sachlicher Richter sprach bleibt nur der Freispruch.

Rechtsanwalt Dr. Müller schloß sich seinem Mitverteidiger an. Die Angeklagten verzeihen auf das Schlusswort.

Nach der Formulierung der Schuldfrage, die auf vorläufigen Totschlag ohne Ueberlegung oder rechtswidrigen Waffengebrauch lauteten, und nach der Rechtsüberlegung zogen sich die Geschworenen um 2 Uhr 30 Minuten zur Beratung zurück. Um 3 Uhr verkündete der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen.

### Sämtliche Schuldfragen wurden verneint.

Nach kurzer Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt das Urteil: Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten der Staatskasse auferlegt.

## Deutscher Reichstag

(Fortsetzung des Berichts aus der Vellage.)

Abg. Haas (Dem.): Die Frage muß frei von jeder Parteipolitik betrachtet werden, denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß für die Internierten nur das deutsche bürgerliche Recht gilt, nicht der Parteikampf und seine Werturteile. Wir lehnen es ab, uns irgendwie in die inneren Verhältnisse Russlands einzumischen. Gleichwohl lehnen wir natürlich auch ab, daß Rußland sich in deutsche Verhältnisse einmische. (Lebhafte Beifall.)

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Für das Auswärtige Amt kommt es einzig darauf an, daß die Rechte Deutschlands gewahrt und die Pflichten Deutschlands erfüllt werden, die sich aus unserer strikten Neutralität gegenüber der Sowjetregierung ergeben. Um aber eine dauernde Regelung der Interniertenfrage herbeizuführen, ist das Auswärtige Amt mit der Uebertragung der Verwaltung an das Reichswehrministerium einverstanden — unter der Voraussetzung, daß die Sowjettruppen stets als Internierte und nicht als Gefangene betrachtet werden. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Rosenfeld stelle ich fest, daß es in Deutschland keine Wrangeleigenschaft gab oder gibt. Die Worte des Herrn Abg. Haas über die Behandlung des russischen Vertreters in Deutschland unterschreibe ich Wort für Wort, denn es ist klar, daß der russische Vertreter Anspruch auf genau die gleiche Behandlung hat, wie wir sie unserem Vertreter in Rußland wünschen.

Staatssekretär Grzesjnski geht dann auf verschiedene Einzelheiten der Debatte ein.

Abg. Roenen (Komm.): Wir mißbilligen das Auftreten des Reichsfinanzministers gegen Staatssekretär Grzesjnski, das ein In-Schuld-nehmen der Deutschen Nationalen darstellt. Wir sind neugierig, wie sich die Rechtssozialisten zu diesem Verhalten des Ministers stellen werden. Die Desorganisation der Internierten wurde durch das ungeschickliche Vorgehen der Reichswehr herbeigeführt. Wir protestieren gegen die Uebernahme der Interniertenlager durch das Reichswehrministerium.

Die Kommunisten beantragen unter näherer Begründung eine Resolution, daß die Behandlung der Internierten durch die Regierung nicht den Anschauungen des Reichstages entspreche.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die grundsätzliche Frage, ob eine solche Begründung am Wortlaut des Antrages nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Diese Debatte wird jedoch abgebrochen, um nach Schluß der Gesamtsprache fortgesetzt zu werden.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.

## Die Notlage der Pensionäre

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute das Pensionergesetz durchgelesen. Grundsätzlich wurde die Gleichstellung der Alpenpensionäre mit den Reupensionären beschlossen. Unsere Anträge, ein Mindesteinkommen

von 10 000 M. festzusetzen und bei einem Gesamteinkommen von 20 000 M. aus Vermögen und gewinnbringender Tätigkeit jeder Art einschließlich des Ruhegehaltes die Zahlung von Zuschüssen einzustellen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Es wurde beschlossen, bei einer Pension von 18 000 M. aufwärts den Zuschuß um die Hälfte zu kürzen und bei einer Pension von 25 000 M. die Zuschuß-Zahlung ganz einzustellen.

## Der Kampf in der Tschechoslowakei

Auf dem Wege zur Einigung

Prag, 17. Dezember.

Wie Karobni List meldet, fand gestern eine Besprechung der tschechischen sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten) unter Teilnahme von Vertretern der Legionäre statt, wobei über die Schaffung eines einheitlichen tschechischen sozialdemokratischen Blocks verhandelt wurde. Die Parteien erklärten grundsätzlich ihre Einwilligung, doch äußerten einige Teilnehmer Bedenken, ob es unter den gegenwärtigen zerrütteten Verhältnissen möglich sei, einen solchen Block zustande zu bringen, und eine vorwiegend sozialistische Regierung zu bilden.

Der agrarische „Venkov“ demotiviert die aufgekauften Kombinationen über die Möglichkeit einer neuen Koalition der parlamentarischen Parteien und der Bildung einer entsprechenden Regierung.

Wenn diese Meldung zutrifft, ist sie ein Anzeichen für die beginnende Einigkeit der sich gegenseitig zerfleischenden proletarischen Parteien in der Tschechoslowakei. Ob es zur Bildung eines sozialistischen Blocks kommt oder nicht, jedenfalls ist es erfreulich, daß sämtliche sozialistischen Parteien, mit Einschluß der Kommunisten, die gestern noch die Sozialdemokraten als „Sozialverräter“ beschimpften, sich zu gemeinsamen Beratungen zusammengefunden haben. Eine der Ursachen des herozitierenden Einigungswillens dürfte die starke Ernüchterung sein, die nach dem Zusammenbruch der so leichtfertig inszenierten Bewegung in den Massen um sich greift, wie auch die bis weit nach rechts dringende Erkenntnis, daß eine Fortdauer des proletarischen Bruderkampfes eine Katastrophe für die tschechische Republik und für die gesamte Arbeiterbewegung bedeuten würde.

### Das Ablaufen des Generostreiks

Prag, 17. Dezember.

Den Blättern zufolge hält der Generostreik im Karbäher und Tschiger Koivier an, hingegen wird im Teplitzer Bezirk überall gearbeitet.

## Neuaufnahmen in den Völkerbund

Die Völkerbundsversammlung beschäftigte sich mit den weiteren Aufnahmen. Die Kommission empfahl die Aufnahme Bulgariens. Von 30 Delegationen stimmten 25 für die Zulassung Bulgariens, während Biviani-Frankreich sich der Stimmabgabe enthielt, da er nicht genügend über Bulgarien unterrichtet sei. Die Aufnahme Costa Ricas wurde einstimmig mit 36 Stimmen beschlossen. Für das Aufnahmegesuch Finnlands stimmten 29 Delegationen. Durch die Aufnahme Finnlands soll über die Regelung der Kalandsfrage nicht vorgeschritten werden. Auch das Aufnahmegesuch Luxemburgs wurde mit 28 Stimmen angenommen. Präsident Humans stellte unter dem Befehl der Versammlung fest, daß fünf neue Staaten, Desterreich, Bulgarien, Finnland, Costa Rica und Luxemburg, nunmehr dem Völkerbunde angehören.

Armenien, Estland, Georgien, Lettland und Litauen dürfen vorläufig noch nicht in den Völkerbund, es fassen aber jeweils eine Vertretung in den technischen Organisationen des Bundes.

Eine kommunistische Landtagsfraktion in Bayern. Die vereinigte kommunistische Partei hat dem Präsidenten des bayerischen Landtages mitgeteilt, daß sie eine eigene Landtagsfraktion gebildet habe. Sie besteht aus sieben Abgeordneten, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Graf. Von den sieben Fraktionsmitgliedern befinden sich vier in Straßhaft.

Aufhebung kaiserlicher Sonderfeierlage. Der kaiserliche Landtag hat heute beschlossen, die kaiserlichen Sonderfeierlage, den Hochneujahrstag (6. Januar) und den Frühjahrsbuchtstag aufzuheben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Deutsch-italienische Verkehrsverhandlungen. In den letzten Tagen fanden zwischen der deutschen Reichsregierung und Vertretern der italienischen Regierung in Berlin Verhandlungen statt mit dem Ziel, den Verkehr zwischen Deutschland und Italien, der sich bereits jetzt in günstiger Entwicklung befindet, nach Möglichkeit zu erleichtern. Es handelt sich in der Hauptsache um die Schaffung direkter Tarife, um die durch die jetzt noch erforderlichen mehrfachen Zwischenabfertigungen bedingten Schwierigkeiten und Verzögerungen zu beseitigen. Nach dem Verlauf der Verhandlungen darf angenommen werden, daß eine befriedigende Regelung dieser Frage erreicht wird.

Poststrecke nach Deutsch-Oesterreich. Auf Grund einer telegraphischen Mitteilung der österreichischen Postverwaltung hat gestern in Deutschland die Annahme von Postsendungen jeder Art nach Wien gesperrt werden müssen. Ebenso dürfen in Deutschland bis auf weiteres Pakete nach solchen Ländern nicht angenommen werden, die auf ihrer Beförderung Oesterreich passieren müssen.

Hotels und Gastwirtschaftenstreik in Wien. Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, wurde in einer Versammlung der Hotelangestellten und Gastwirtschaften einstimmig der Streik beschlossen, der Freitag früh begonnen hat. Der Streik wird in der Weise durchgeführt werden, daß er von einem Tage zum anderen auf die verschiedenen Bezirke ausgedehnt wird.

Die Schulden der alliierten Staaten. Der Staatssekretär für Finanzen erklärte, daß in England hinsichtlich der Höhe der nationalen Schulden auf den Kopf der Bevölkerung an Schuldenlast 170 Pfund Sterling kommen, in Frankreich 5773 Franken, in Italien 2065 Lire und in den Vereinigten Staaten 336 Dollar.

Wohin das Geld der französischen Steuergelder kommt. Wie eine öffentliche Note bekannt gibt, ist im französischen Ministerium eine besondere Liquidations-Sektion der russischen Guthaben, die sich auf das Konto des Generals Wrangel beziehen, gegründet worden. Diese Sektion hat die Vorräte, die General Wrangel gesandt wurden und die man noch vor dem Untergang retten konnte, zu liquidieren. Seit dem Fall von Sevastopol verursacht die Ueberführung Wrangels und seiner Armee, sowie die Räumung der Bewohner der Halbinsel Krim der französischen Handelsliste eine tägliche Ausgabe von 1 1/2 Millionen Frank. Das gibt eine nette Aufwendung von 20 Milliarden Frank, die Frankreich der Jarenregierung gepumpt und für deren Rückzahlung die Ausgaben immer träuer werden. Rechnet man noch die russischen Summen hinzu, die die russische Expedition verschlingt, so kann man wohl sagen, daß das Geld der französischen Steuergelder recht weit vom Einnahmeort zur Verwendung kommt.

Austausch Cairo-Jerusalem. Demnächst wird zwischen Cairo und Jerusalem ein Reise- und Postdienst per Luftpost eingerichtet. Die Reise wird einschließlich von Aufenthalt in Alexandria und Jaffa nur fünf Stunden dauern.

# MASSARY

Zum Weihnachtsfeste!



KON LINON

## Theater und Vergnügungen

**Volkshöhne**  
7 1/2 Uhr:  
Wallensteins Tod  
Neues Volkstheater  
Spendenstr. 68.  
1 1/2 Uhr:  
Die vier Robinsons.  
**Proletarisches Theater**  
Sonntag, 19. Dez., nachm. 3 Uhr  
Beethovenfest, Rühner Str.  
**Prinz Hagen**  
von H. C. Siefert.  
**Staatstheater.**  
Opernhaus  
9 1/2 Uhr:  
Amoretten  
Sonzigen Saffazzo.  
Sonnabend, 18. Dez., 7 Uhr:  
König Richard III.  
Herbert Mar. Weinhardt.  
**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Don Carlos  
Kammerspiele  
7 1/2 Uhr: Stella  
Großes Schauspielhaus  
Karlshof  
7 Uhr: Danton (Kuh. Thoma.)  
Theater u. Kottbuser Tor  
1 1/2 Uhr: Königgräzer Str.  
Sonntag: Klaus  
Sonntag nachm.: Klaus  
Montag: Erdgeist  
(Walt. Maria Orska)  
Sonntag, zum 1. Male  
**Salome**  
Tragödie von Oscar Wilde  
Marie Orska, Ludwig Hartau,  
Conrad Selbe, Wolke, Wiedemann,  
Kocher, Winkler, Ernst, Feinberg)  
**Komödienhaus**  
1 1/2 Uhr: Die Sache mit Pola  
mit Max Pallenberg  
(Marie Dora u. G. O. Ostrub)  
Wagner, Winkler, Gabel, Orska)  
Sonntag nachm.: Die Ehe  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die spanische  
**Nachtigall**  
mit Frihi Massary  
Hans Wehmann, Julia Brandt,  
Ralph Arner Roberts, Emmy  
Bauer, Herbert Roper, Olga Engl.  
Sonntag nachm.: Der letzte Walzer

**Walhalla-Theater**  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
Kaffeebinder  
(Alfred Gauder u. G.)  
**Casino-Theater**  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Conja Emil  
**Rönghod-Theater**  
Alexanderstr. 21 Uhr: Jannowitz  
Täglich: Gala-Sänger  
**Residenz-Kasino**  
Blumenstraße 10  
**Tägl. Gr. Ball**  
für die glückliche Jugend.  
Für Kinder gratis.  
Dienstags: Gracia-Verlosung  
Donnerstags: Vermählung  
Anfang 6 Uhr  
**APOLLO**  
Friedrichstr. 218  
Auftritten Kapellmänschen  
mit feinen besetzten  
**Seelöwen**  
und die übrigen Dezember-  
Sensationen!!!  
**Theater u. Kottbuser Tor**  
Tägl. 7 1/2 Uhr: Sonntag  
nachm. 3 Uhr  
**Güte-Sänger**  
Hervorragendes  
Weihnachts-  
Programm!  
Vorverkauf: 11-12 u. 4-6 U  
**METROPOL**  
Gartenstraße 24.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Pflanz-Melodram-Spektakel  
**Grammophone**  
Telichzung  
**Schmidt,**  
Friedrichstr. 23  
Sonntag 1-6 Uhr  
Grüßwachtel zwischen  
Schiller und Lotte. Gut ge-  
bunden, 30 Seiten stark, nur  
3.- Mark, Preis extra. Zu  
besorgen durch Buchhandlung  
Friedrich, Breite Straße 84.

**SCALA**  
LUTHERSTRASSE  
7<sup>te</sup>  
Sensationelle  
Tricks  
Fabelhafte  
Ausstattung  
Ballet Gerard  
in höchster Vollendung  
Vorverkauf: An der Kasse  
von 10-2. A. Wertheim  
und Invalideudank  
Sonntags 3 1/2 Uhr: halbe Preise

**Stoffe**  
zur Damen- und  
Herrenbekleidung  
Butterhose o. Knöpfe  
Konfektion  
für Damen und Mädchen  
Mehrfachfertigung  
Herabgesetzte Preise!  
**C. Pelz**  
5 Rottbuser Straße 5  
Damenmäntel repariert.  
Reichenberger Straße 7.

**MOBELKREDIT**  
**FRIEDEBERG**  
BÜLOWSTR. 24  
AM HOCH-  
BAHNHOF

**Gold-Silber-Bruch**  
Kupfer, Messing, Blei, Zinn,  
Zink usw.  
Zahle Reto Tagespreise!  
Metallschmelze  
Stiemensstraße 8  
(Bahnhof-Geheißer.)

**Trauringe**  
Dukatengold 900 gef.  
Stück 150.-  
14 Kar. Gold 585 gef.  
8 Kar. Gold 333 gef.  
Preis vorrätig am Lager

Einkauf von  
Gold  
Silber  
Brillanten  
Platin  
Zahle die höchsten Preise  
**MINOGA**  
Berlin D., Gröner Weg 69  
Tel.: Weg. 2400

**M. SCHULMEISTER**  
Dresdener Str. 10, BERLIN SO Kottbuser Tor  
Ulster  
Paletots  
Sport-Pelze  
A züge  
Beinkleider  
Bunte Westen

**Damen-Wintermäntel**  
Einzelverkauf zu Engrospreisen  
Neueste Modelle - prima Verarbeitung.  
Verkauf von Mänteln nur eigener Herstellung direkt  
Private ohne jeden Zwischenhandel.  
Flanשמäntel dunkel 150-550 Pf.  
Berlin G., Al. der Wallstr. 22, Hofpartierre red.  
**Briefmarken, Münzen**  
kauft Grossmann, Johannisstr.  
Norden 1062L

**TRAURINGE**  
Dukatengold 900. 14 Kar. Gold 585 gef.  
8 Kar. Gold von 39.75 an.  
Deutschlands bedeutendste Fabrik mit  
direktem Verkauf an Private!  
**J. Weinstock a. m. b. H.**  
Zentrale: Mohrenstr. 16 am Untergrundbahn  
Alexanderstrasse 14a, nahe Jannowitzbrücke,  
Kottbuser Damm 24; Chausseestr. 69, Charlotten-  
burg, Stuttgarter Pl. 5, Schönheg., Grunewaldstr. 15  
**Ankauf Gold-, Silber-, Platin-**  
\* Achtung! Kein Laden! Geöffnet 9-1, 2-6

# Die Gelegenheiten

Kommt sobald nicht wieder!



Eleganter  
Damenstiefel  
echte Lackkappe,  
neueste mod. Form  
**138:-**

Solider Herrenstiefel  
für Strasse und Beruf, unverwüstlich  
**138:-**

Eleganter Herrenstiefel  
mit und ohne Lackkappe, in echt  
Rindbox und echt R.-Chevreau  
**158:-**

Eleganter Spangenschuh  
in Leder, mit hohem Absatz. Vor-  
züglicher Ball- und Strassenschuh  
**98:-**

Garantie: Leder in guter Verarbeitung

Der Vorverkauf  
müß!

# Conrad Tacke & Cie. Schuhfabriken in Burg, Mgd. Bg.

- SW, Friedrichstr. 240/41
- W, Potsdamer Strasse 50
- W, Schillstrasse 16
- NW, Beusselstrasse 29
- NW, Turmstrasse 41
- NW, Wilanacker Str. 22
- N, Brunnenstrasse 37
- N, Danziger Strasse 1
- N, Friedrichstrasse 130
- N, Mäckerstrasse 3
- O, Andreassstrasse 50
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstrasse 2a
- SO, Wrangelstrasse 49
- C, Spittelmarkt 15
- C, Rosenthalerstrasse 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charlottenburg, Wilmers-  
dorfer Str. 122/23, Potsdam,  
Braunburger Strasse 54



# Abrechnung mit den Deutschnationalen

## Verschlechterung des Wuchergesetzes — Annahme der Beamtenbesoldung

18 Punkte standen auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstags. Soweit es Angelegenheiten von geringerer Bedeutung waren, über die es Meinungsverschiedenheiten nicht gab, wurden sie meist ohne Debatte erledigt. Einige bedeutungsvolle Gegenstände aber, die Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen hätten geben können, wurden vorsichtigerweise von der Tagesordnung abgeseht. Das gilt insbesondere von dem Gesetzentwurf über die beschleunigte Verabschiedung des Reichsnotopfers, über das wiederum einmal eine sogenannte Regierungskrise eingetreten ist. Man hofft aber, daß sie bis zur heutigen Beratung aus der Welt geschafft ist.

Von den sonstigen Gegenständen hatten nur drei eine größere Bedeutung: der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverhaftung, das Gesetz über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel und die deutschnationale Interpellation wegen der Zustände in den Gefangenenlagern. Ein Unabhängiger Antrag auf Ausdehnung des Schutzes gegen Zwangsverhaftung auch auf die Kriegserwitwen wurde abgelehnt, ein anderer Verbesserungsantrag durch eine Zufallsmehrheit angenommen, die Verbesserung aber später in der dritten Lesung wieder beseitigt. Bei Feststellung dieses Ergebnisses durch den sogenannten Hammelsprung erklärte der Präsident Löbe unter allgemeiner Heiterkeit, daß das zuerst festgestellte Ergebnis nicht der Kurzsichtigkeit des Präsidiums, sondern der weiten Entferntheit vieler Abgeordneter zu danken gewesen sei.

In der fortgesetzten Debatte über die deutschnationale Interpellation verstand es Genosse Rosenfeld, die neulich so kräftigen deutschnationalen Schreier vollständig zur Ruhe zu bringen. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien rückten mehr oder weniger deutlich von den Deutschnationalen ab und der Demokrat Haas schwang sich sogar zu dem Hinweis auf, daß die Deutschnationalen, die sich heute für das Wahlrecht begeisterten, früher doch zu jedem, auch dem schimpflichsten Liebesdienst gegenüber dem Faschismus bereit gewesen seien.

Für die Kommunisten sprach Roenen, der es vorzieht, lieber eine lange Rede in der „Schwapphube“ zu halten, als in Halle zu sein, wo der Generalfreiherr den Aufenthalt anscheinend etwas unangenehm macht.

### Der Sitzungsbericht

Die Sitzung beginnt mit der Erledigung kleiner Anträge. Auf eine Anfrage des Abg. Sauerbreng (U. S. P.), teilt die Regierung mit, daß die Verteilung der Entlassungsanträge für Kriegsteilnehmer jetzt Aufgabe der Abwicklungsintendanturen Preußens sei. Auf eine Beschwerde des Abg. Kunert (U. S. P.) über die Minderwertigkeit des Brotes, teilt die Regierung mit, daß die Ausmahlung des Getreides bereits von 90 Prozent auf 85 herabgesetzt worden sei, und daß zur Streudung nur noch wertvolle Stoffe, wie Raismehl, und auch das nur bis zu einem gewissen Grade verwendet werden. Eine weitere Anfrage Kunerts, was die Regierung angesichts ihrer fünf-Milliardenausgabe für die Miniausrüstung und Reichswehrmarine für die hungernden Proletarierkinder zu tun gedenke, beantwortet ein Regierungsmitglied dahin, daß sich darüber nicht im Rahmen einer kleinen Anfrage sprechen läßt. Auf eine Beschwerde des Abg. Kunert (U. S. P.) über die Konturierung der 5000 Militärmuster gegenüber den Berufsmustern, erklärt die Regierung, daß sie die 2500 vorhandenen Militärmuster für notwendig erachte. Die bisherigen Beschwerden der Stollmüller hätten sich meist als grundlos erwiesen.

Eine Novelle zum Weingesez bestimmt, daß die Zuteilung des Jahrganges 1920 bis zum 31. März 1921 verlängert wird. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

### Das Gesetz gegen den Schleichhandel.

Es folgt die zweite Lesung des Wuchergesetzes, wonach in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark ab erkannt wird. Das Gesetz soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten.

Abg. Deutscher (D. Bp.) begründet das Gesetz und weist darauf hin, daß die Forderung der Gastwirte, daß auf sie diese strengen Strafen nicht anzuwenden seien, im Rechtsauschuss abgelehnt worden ist.

Abg. Kadbruch (Soz.): Die bayrische Wucherordnung, welche der ursprüngliche Ausgangspunkt des hier vorliegenden Gesetzes ist, halten wir für ungesetzlich. Das öffentliche Ansehen des Urteils ist nur eine moderne Form des Prangers. Von der praktischen Wirkung des Gesetzes versprechen wir uns so viel wie nichts. Wir werden aber dem Gesetz über grundsätzliche Bedenken hinweg unsere Zustimmung geben. (Beifall.)

Abg. Herzfeld (Kom.): Den § 6a (Amnestieparagraf) lehnen wir grundsätzlich ab, stimmen aber sonst mit den Auffassungen des Vorredners überein. (Beifall links.)

Bayrischer Gesandter von Preger antwortet auf die Angriffe gegen die bayrische Verordnung, und meint, daß durch sie Ruhe und Ordnung in Bayern aufrechterhalten worden sei.

Abg. Pukas (Bayr. Bp.): Die Verordnung der bayrischen Regierung ist nur ein Schutz der Interessen des Landes und seiner Bewohner.

Abg. Waldlein (Dem.) bricht eine Lanze für die Amnestie der Gastwirte. Es sei untraglich, wenn jetzt, nach Aufhebung eines Teiles der Verordnungen, trotzdem nachträglich noch Straftaten geahndet werden sollen, die keine mehr sind.

### Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P. D.):

Wir stimmen dem Gesetz zu, aber wir versprechen uns nicht viel von ihm. Es ist ein Aushängeschild. Den hungernden Schichten soll durch die scharfen Strafbestimmungen vorgespiegelt werden, als geschähe etwas Ernstliches gegen den Wucher und für ihre Ernährung. Die scharfen Strafbestimmungen, wie Stellung unter Polizeiaufsicht, Verweisung an die Landespolizeibehörde, die im Gesetz unter bestimmten Bedingungen Zwangsvorschriften sind, werden den Richter leicht veranlassen, die Voraussetzung dieser Strafen, nämlich die „Habicht“, nicht als gegeben zu erachten. Wichtiger als ein neues Gesetz wäre die energische Anwendung des alten. Aber wenn gestern erst Landwirte die Kartoffeln zu 1 M. das Pfund verkaufen, mit 50 M. Geldstrafe bestraft worden sind, so setzen wir auch keine Hoffnung auf die Wirkung des neuen Gesetzes.

Die bayrische Verordnung steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung, wenn das Reichsjustizministerium das bestreitet — um so schlimmer für das Reichsjustizministerium. Erlaubt man Bayern diese Verletzung der Reichsverfassung, so ist gar nicht abzusehen, zu welchen Gesetzen sich die bayrische Regierung im Namen der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ noch für berechtigt hält. Wenn der bayrische Regierungspräsident erklärte, die Verordnung sei im Interesse der Arbeiter erlassen, so haben wir starke Zweifel. Die bayrische Regierung hat weniger aus Sympathie für die Arbeiter als aus Abneigung gegen die Reichsverfassung gehandelt. Im übrigen: Wir fürchten die Bayern,

auch wenn sie Geschenke bringen. Die Verordnung muß durch Reichstagsbeschluß beseitigt werden. (Beifall.)

Reichsjustizminister Heine wendet sich gegen die Abänderungsanträge, insbesondere um Ablehnung des Antrages auf Aufhebung der bayrischen Verordnung.

Abg. Reich (Kommunist). Hatte die Regierung bisher die Absicht gehabt, den Wucher zu verfolgen, so hätte das frühere Gesetz genügt. Ein Erhöhung der Strafe wird nur eine Erhöhung der Bestechungsgelder an die Beamten zur Folge haben.

Der neueingefügte Paragraf 6a, wonach Bestrafungen wegen früherer Zuwiderhandlungen nicht mehr stattfinden, wird angenommen. — Die Aufhebung der bayrischen Verordnung wird abgelehnt.

In der dritten Lesung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverhaftungen, verbunden mit einem Antrag Müller-Franke (Soz.), wonach die bisherige Verordnung bis zum 1. Januar 1922 verlängert wird.

Abg. Meier-Zwifkau (Soz.) betont die Notwendigkeit dieses Gesetzes.

### Abg. Frau Ziegler (U. S. P. D.):

Wir beantragen Ausdehnung des Schutzes auf die Kriegserwitwen, denn deren Not ist mindestens genau so groß, wie die der Kriegsteilnehmer. Sie müssen auch geschützt werden, weil das Schicksal der Kinder von der Gesundheit der Mutter abhängt. Die Unterstützung für die Kriegserwitwen ist durchaus ungenügend. Deshalb dürfen wir die Angehörigen der Kriegsteilnehmer jetzt nicht vergessen. Denn in Fällen, in denen das Zwangsverhaftungsverfahren vollstreckt wird, spielen sich oft die entsetzlichsten Verwüstungen ab. Der Schutz der Kriegserwitwen muß deshalb jetzt beschlossen werden. (Bravo b. u. S. P.)

Reichsjustizminister Dr. Heine bittet um Ablehnung der Anträge. Eine Ausdehnung auf die Kriegserwitwen ist rechtlich unmöglich.

Abg. Frau Ziegler wendet sich gegen diese Ausführungen des Justizministers, während der Reichsjustizminister Dr. Heine demgegenüber nochmals auf seine vorigen Darlegungen verweist.

In den folgenden Abstimmungen wird ein Antrag Rosenfeld (U. S. P.) auf Einfügung der Worte „alle Kriegsteilnehmer“ (also auch der Lazarettinsassen) mit einer Zufallsmehrheit der sozialistischen Parteien angenommen. — Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag der Gesetzesverlängerung bis 1. Januar 1922 bleibt zunächst zweifelhaft; Hammelsprung ergibt Ablehnung mit 187 bürgerlichen gegen 142 sozialistische Stimmen.

Der Gesetzentwurf wird darauf in zweiter Lesung angenommen. Der unabhängige Antrag, auch die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer mit einzubeziehen, wird gegen die sozialistischen Parteien und vereinzelte deutschnationale Stimmen abgelehnt.

Bei der dritten Lesung verlangt Abg. Waldstein (Dem.) die Streichung der durch eine Zufallsmehrheit angenommenen Worte des Antrages Rosenfeld (U. S. P.). Der Antrag Waldstein wird mit allen bürgerlichen Stimmen angenommen. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Es folgt die

### dritte Beratung der Beamtenbesoldung.

Ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag auf namenfällige Abstimmung bekommt durch Unabhängige Unterstützung die nötige Stimmenzahl (50). — Die Abstimmung ergibt Annahme des Gesetzentwurfes mit 209 gegen 124 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, Bayerische Volkspartei und Bayerischer Bauernbund, Unabhängige und Kommunisten.

Präsident Löbe stellt fest, daß die Mehrheit um eine Stimme die Zweidrittelmehrheit überschreite. Demgegenüber betont Abg. Schulz-Bromberg, daß in einer Zweidrittelmehrheit 232 Stimmen notwendig seien, das Gesetz also, wenn es eine Verfassungsänderung bedeute, nicht angenommen sei.

Präsident Löbe gibt die Möglichkeit dieser Berechnung zu. Die Frage, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute, kann nicht durch einen Beschluß des Reichstages entschieden werden, auch nicht durch eine Erklärung des Abg. Schulz.

Der Gesetzentwurf über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten im besetzten Gebiet gezahlten Wirtschaftsbefehle wird angenommen.

Daran schließt sich die deutschnationale

Interpellation betreffend die russischen Kriegesgefangenen.

Reichskommissar Stücken (Soz.): Für seine Behauptungen hat Herr Henning als Zeugen den Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes angeführt. Dieser hat mir persönlich erklärt, daß er Herrn Henning nicht zu den Äußerungen autorisiert habe (hört! hört!).

Abg. Feuermann (D. Bp.): Die Interniertenlager gehören unter die Verfügungsgewalt des Reichswehrministers. Den nichtsozialistischen Internierten ist nicht nur das Monatsgeld und die Nahrung, sondern sogar die Wäsche entzogen worden.

### Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.):

Die Deutschnationalen haben sich in dieser Debatte eine Absicht sonderbarerweise geholt. Sie haben uns Märchen erzählt, aber nicht die Wahrheit gesagt. Daran ändert nichts die Erklärung der „Deutschen Zeitung“, daß sie die Erklärung der Deutschnationalen unterschreiben könne. Damit bestätigt nur ein Schwindler dem andern, daß er nicht die Wahrheit gesagt hat.

Der Vizepräsident Dr. Sell den Redner unterbrechend: Wegen dieser Äußerung rufe ich den Abgeordneten Rosenfeld zur Ordnung an.

Rosenfeld fortfahrend: In der Reichspressen wird die Regierung schwer angegriffen. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ habe sich eine deutsche Regierung niemals schädlicher und kläglicher betrogen, wie die heutige Regierung. Dabei gewährt die deutsche Regierung den russischen Gefangenen und Internierten nicht einmal die Rechte, auf die sie nach dem Völkerrecht Anspruch haben. Unsere deutschen Gefangenen in Rußland könnten dieses zu büßen haben. Aber die Vertreter von der Rechten preisen auf die deutschen Kriegesgefangenen, wenn es gilt, die deutsche Reaktion zu stärken. (Beifall bei den U. S.)

Gegen die Unterstellung der Russen unter das Reichswehrministerium, besser unter Herrn Seest, erheben wir härtesten Einspruch. (Sehr wahr! links.) Sollen die Russen etwa auch dem preussischen Militärstrafgesetz unterstellt werden? Will man ihnen jedes Selbstverwaltungsrecht nehmen? Zu Lohnrückern und Streikbrechern, wie es die Rechte wünscht, werden sich die Russen niemals hergeben. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie, Herr Henning, der Sie der deutschen Armee als Offizier angehört haben, dürfen sich nicht darüber empören, daß in der Roten Armee angeblich Soldaten gepeinigt werden. Wie haben Sie die deutschen Soldaten gepeinigt und getreten! Wie hat man deutsche Männer noch während des Krieges behandelt und mißhandelt. (Sehr wahr! bei den U. S.)

### Ihre moralische Entrüstung ist nicht echt!

Sie wollen mit der Hege gegen die russischen Internierten nur verhindern, daß die Beziehungen zu Rußland ausgenommen werden. (Sehr wahr! links.) Die deutsche Regierung duldet immer noch Vertretungen der Wrangel-Regierung in Berlin. Der russischen Sowjetregierung aber macht sie alle möglichen Schwierigkeiten. Die Rechte will nur unter den Gefangenen Agitation für die Wrangelregierung treiben. Dagegen erheben wir Protest. (Sehr wahr! bei den U. S.) Der Hege gegen

Sowjetrußland tritt die gesamte deutsche Arbeiterklasse schärfste entgegen. Wir stehen in der russischen Sowjetrepublik vorgeschobenen Posten der sozialen Revolution, den die Arbeiterklasse gegen die heilige Allianz der Königsmacher teufeligen wird. Die Deutschnationalen haben während des Krieges die elementarsten Grundzüge des Völkerrechts verlehrt, haben russische Gefangene zum Kampfe gegen Rußland organisiert, sie haben die Indier, die gefangen waren, gegen die Entente wendet (Sehr wahr! links), sie haben die gefangenen Iren in England (links) wollen. Alle diese Schandthaten haben für dem Gewissen. (Sehr wahr! links.)

Die Hege der Rechten gegen die radikale deutsche Arbeiterklasse ist nicht mehr nötig. Die Regierung überwacht ganz besonders U. S. P. D. Der Reichskommissar für öffentliche Ruhe und Sicherheit hat ein merkwürdiges Schreiben die Welt geschickt. Er hat den Regierungen der anderen Länder den Antrag Ledebour, der den Parteitag in Halle schäftigte, mit den 200 Namensunterschriften zugelandet. Zu welchem Zweck wohl? Er hat die Behörden ersuchen lassen, die sozialen Familien der 200 Antragsteller festzustellen. (Hört, hört!) U. S. P. D. Jurauf des Abgeordneten Düwels: Die sind ja nicht fähig! Rosenfeld: Nach diesem Schreiben sind offenbar gefährlicher als Sie, Herr Düwels! Reichskommissar hat weiter verlangt die Photographien der Antragsteller. (Hört, hört! bei den U. S.) Dabei ist ein Teil der Photographien recht bequem aus dem Reichstagsgebäude zu haben. (Sehr wahr! bei den U. S.) So werden die Steuerzahler verwirrt! Wir werden mit der Hege fertig werden, wie wir auch mit der Hege fertig werden, die gegen Sowjetrußland getrieben wird. (Zustimmung bei den U. S.) und die ein Werk der Konterrevolution ist. (Sehr wahr! bei den U. S.) Gegen diese Konterrevolution ist das gesamte deutsche Klassenbewußte Proletariat eins. Gegen sie rufen die deutsche Arbeiterklasse zum Kampfe auf. Die Konterrevolution muß und wird unter den Massenritten der deutschen Arbeiterbataillone zertritten werden. (Lebhafte Beifall bei den U. S.) (Fortsetzung des Berichtes im Hauptblatt.)

## Befoldungsfragen — Rechtssozialismus für die Gehälter der Geistlichen Hohenzollernabfindung

Aus der preussischen Landesversammlung

Aus den Verhandlungen vom Donnerstag ist noch nachzutragen die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, der eine beträchtliche Erhöhung der Haussteuer bringt. Die Erhöhung betrifft durchweg das Schicksal des bisherigen Betrages, doch können in besonderen Verhältnissen entsprechend die bisherigen Sätze in anderer Weise zur Anrechnung kommen. Von unserer Front sprach Genosse Christange zu dem Gesetzentwurf. Er sprach zum Ausdruck, daß die Regelung dieser Materie besser mit der gemeinen Neugestaltung der Gewerbesteuerordnung vorgenommen werde. Jedenfalls müsse bei der Handhabung dieses Gesetzes die wirtschaftlich schwachen Kreise weitgehendste Rücksicht genommen werden. Gegenüber der Behauptung, daß in den Kreisen der Fleischer und Händler sich viele unfaulere Elemente befänden, betont Genosse Christange, daß die Organisation der Händler schon immer bemüht habe, ihre Organisation von solchen Elementen freizuhalten. — Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Am Schluß der Donnerstagssitzung wurde die Ausweisung des Reichstages in die Reichshausverwaltung als Gegenstand heftiger Gehäufungsdebatten, bei Beginn der Freitagssitzung vorgesetzt wurden. Die Reaktionen hatten, unterstützt von unseren Genossen, einen Antrag gebracht, wonach die Staatsregierung ersucht wird, die Ausweisung Stens räumlich zu machen. Abgeordneter G. U. beantragte, diesen Antrag auf die Tagesordnung für die Freitagssitzung zu legen. Dem rechtssozialistischen Minister erstand Helfer in der Person des Deutschnationalen Kippel, der spruch gegen die Verhandlung dieses Antrages erhob und die schleunige Verhandlung verhinderte.

Die Tagesordnung für Freitag wies außer einigen kleineren Anträgen eine Reihe von Gesetzentwürfen auf, von denen in zweiter und dritter Lesung erledigt werden sollen. Die wichtigsten sind ausschließlich Befoldungsfragen für Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche usw. Die Landesversammlung ist bei der Beratung der Befoldungen an die Reichsbefoldung gebunden, aus den Kommissionsberatungen hervorgegangenen Sätze wies in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei dem Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Anträgen zur Aufhebung des Dienstverhältnisses der Geistlichen Konfessionen gab Genosse Richter (Nichtstun) für unsere Aktion die Erklärung ab, daß wir diese Gelder, die einen Betrag über 140 Millionen Mark ausmachen, nicht bewilligen können. Wer religiöse Bedürfnisse hat, solle auch die Mittel seiner religiösen Gemeinschaft selbst beschaffen. Interessant war, daß bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf Rechtssozialisten bis auf einige wenige aus dem Sitzungssaal schwanden waren. Die Juristabteilungen, darunter der Abgeordnete Heberland (Harmen), stimmten für die Bewilligung 140 Millionen!

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrkräften in den öffentlichen Volksschulen erklärte Genosse Richter, daß wir in Anbetracht der großen Lage dieser Lehrpersonen dem Gesetzentwurf zustimmen, obwohl seine Gestaltung uns keineswegs befriedigt. Insbesondere erhebt er Einspruch gegen die Verschlechterungen, die in dem Entwurf auf Betreiben der Regierung hineingekommen sind. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Zu einer Auseinandersetzung kam es bei der Beratung des Antrages des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf über die mögliche Auseinandersetzung der Hohenzollern. Der Antrag verlangt eine neue Prüfung des Vergleichsprotokollens. Genosse P. w. g. stellte bei dieser Gelegenheit die oft angesagene Haltung des Genossen Rosenfeld gegenüber den vielfach fallenden Befoldungen fest. Rosenfeld hat als Volksbeauftragter die Befoldungen des Hohenzollernbesitzes mitangeordnet. Später, am 15. März 1919, erklärte Rosenfeld bei der Beratung eines Antrages zur Notverfassung, daß die Familiengüter des Hohenzollern in der preussischen Landesversammlung solander. Wir halten es für notwendig, daß eine sozialistische Publikation, wenn sie wirklich ein solches ist, in ihrer Verfassung den Familiengütern des Hauses Hohenzollern nicht halt machen. Wir haben in der preussischen Regierung mit dafür getan, daß die Familiengüter des Hauses Hohenzollern beschlagnahmt wurden. Wir wünschen, daß man jetzt noch einen Schritt weiter geht und wir rechtserfüllen das damit, daß das Haus Hohenzollern sich auf Kosten des Volkes bereichert hat ...

Genosse Ludwig wies noch darauf hin, daß für den Verfall dessen erneute Prüfung jetzt auch erforderlich sei die Rechte der Kirche, Heime und Südekum verantwortlich sind. Daß aber unserer großen Finanznot, bei der Kollage der breiten Schichten des preussischen Volkes die Rechtsparteien an dem Vergleich hatten und den Hohenzollern Hunderte Millionen nachverfügen, ist ein Skandal. Der Antrag des Rechtsausschusses wurde die Stimmen der Rechten angenommen.

Nach einigen ersten Beratungen folgte die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes zur Vereinfachung von Staatsmitteln. Selbstbewirtschaftung von Domänen. Der Rechten paßt die Sache nicht, sie verlangt Vertagung. Das Zentrum faßt die Rechten zur Hilfe. Trotzdem wurde der Verlagsantrag angenommen. Darauf beantragte das Zentrum, den nachfolgenden Entwurf der Landwirtschaft und Verwaltung vorwegzunehmen. Das wurde abgelehnt.

Die in der... wolle... Fessel... Schlie... möge... getto... De... strebu... N... f... be... Mi... aus... doch... auch... gemei... Maß... Au... der V... Lage... nigen... we... fügen... wir... ohne... taten... dung... wies... We... die R... genos... hand... Zude... zugef... fast a... Unter... über... We... war... angef... se... der Z... an di... lation... Unter... das K... Rüge... der K... zwang... Ri... Tätig... gliede... bishe... von I... gliede... dieser... Epist... wila... auf a... Zu... Geme... Raum... tungen... Dirke... sich in... bildli... Tag... Auge... Des... Herze... Da... Jone... Ra... ellen... meist... ten T... die T... er da... verp... schä... meh... Die... reich... j... Refer... tige... unha... Tätig... einjel... die G... hätte... Die V... vorü... Dema... müht... werde... einge... eine... Kom... leitun... nur... auch... omm... treter... In... wer... dien... tats... schied... Leber... Vorj... nach... bef... zu... Wi... kenta... 20. 2... Fr...

# Groß-Berlin

## Zum Hotelkrieg

Die Hoteliers müssen Kiechengewinne gemacht haben, wenn sie in der Lage sind, ihren Küchenbetrieb schließen zu können. Sie wollen allerdings dieses Opfer nur bringen, um von den lästigen Fesseln befreit zu werden, die ihnen durch die Wucher- und Schleichhandelsparagrafen gelegt worden sind. Für alle andern mögen diese im Interesse einer geordneten Ernährungswirtschaft getroffenen Bestimmungen Geltung haben, nur für sie nicht.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen nimmt gegen diese Bestrebungen der Hotelbesitzer Stellung, indem er schreibt:

„Nachdem die bürgerliche Regierung dem Drängen der Vertreter der freien Wirtschaft, zu denen auch die Hotelbesitzer gehören, nachgegeben, und fast alle Waren außer Milch, Zucker, Butter und Brodtreibe der freien Bewirtschaftung ausgeliefert hat, müssen wir als gastwirtschaftliche Angestellte, die doch auch etwas vom Gastwirtsgerwerb verstehen, feststellen, daß für die Unternehmer unter den veränderten Verhältnissen auch nicht der geringste Grund vorliegt, so solchen, die Allgemeinheit und auf die Dauer auch die Angehörigen schädigenden Maßnahmen zu greifen.“

Auf Grund der nun wieder fast restlosen freien Bewirtschaftung der Lebensmittel sind die Unternehmer heute sehr wohl in der Lage, allen Ansprüchen auch eines verwöhnten Publikums zu genügen; selbst wenn sie auf den Verkauf von Schlagahne und weißen Schrippen verzichten müssen. Bei der zur Verfügung stehenden Menge sonstiger Produkte, die heute jeder gastwirtschaftliche Unternehmer in beliebigen Mengen kaufen kann, ohne mit der Schleichhandelsverordnung in Konflikt zu geraten, können sie unserer Meinung nach von der Verwendung der noch rationierten Lebensmittel, so weit diese das zugeordnete Maß übersteigen, sehr gut Abstand nehmen.

Wenn in den Kreisen der Unternehmer ein Mißgefühl für die Not und das Elend der weitaus größten Mehrzahl der Volksgenossen und insbesondere der Kinder und Kranken vorhanden wäre, dann würden sie selbst dafür einreten, daß Milch, Zucker und weißes Mehl in erster Linie den Kindern und Kranken zugeführt würde. Wie die Dinge aber heute stehen, muß man fast annehmen, daß einem großen Teil der gastwirtschaftlichen Unternehmer jedes Verantwortungsbewußtseitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit abhanden gekommen ist.

Wenn in einem Teil der bürgerlichen Presse zu lesen war, daß die Angestellten sich diesem Vorgehen der Unternehmer angeschlossen hätten, so ist daraus wieder zu ersehen, wie leichtfertig von diesen Redaktionen Gerüchte verbreitet werden, die der Wahrheit nicht entsprechen. Wir betonen deshalb auch an dieser Stelle, daß wir als die maßgeblichste Angestelltenorganisation im Gastwirtsgerwerb mit den getroffenen Maßnahmen der Unternehmer auch nicht das geringste gemein haben. Sollte sich das Vorgehen der Unternehmer in Bezug auf die Schließung der Küchenbetriebe in die Länge ziehen, so fordern wir im Interesse der Angestellten und der Allgemeinheit, von den Behörden die zwangweise Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe.

## Der Abschied des alten Magistrats

Mit dem gestrigen Tage hat der alte Berliner Magistrat seine Tätigkeit eingestellt. Eine kurze Sitzung vereinigte die Mitglieder des alten Magistrats. Am Schluß der Sitzung erschien der bisherige Oberbürgermeister Wermuth, um Abschied zu nehmen von seinem alten Wirkungstreife und von den einzelnen Mitgliedern. In seiner Abschiedsrede wies Wermuth darauf hin, daß dieser Magistrat am 6. Juli 1809 mit Leopold von Gersdorf an der Spitze in sein Amt eingeführt worden sei. Er schilderte die Entwicklung Berlins und der immer größer werdenden Aufgaben auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zum Schluß sagte Wermuth: Berlin selbst hat in dem größten Gemeinwohl bewußt ausgehen wollen. Sein Magistrat macht Raum, damit der Nachfolger auch die hundert anderen Verwaltungen in sich aufnehmen kann. Darum gestillt unser sachliches Wirken nicht. Je mehr die Einrichtungen des Kernes von Berlin sich in der klaren Luft des neuen Ganzen als haltbar und verlässlich erweisen, um so mehr wird sich zeigen, daß wir uns nicht Tag um Tag müßig durchgequält, sondern weite Ziele mit festem Auge verfolgt haben.

Deshalb können wir auch aus eigenem Interesse nur aufrichtigen Herzens unseren Erben Glück, Tatkraft und Erfolg wünschen.

Damit spreche ich mein Lebenswohl allen werten Kollegen und mit Ihnen zusammen unseren Scheideweg dem neuen Magistrat aus.

Nach Wermuth ergriff der Bürgermeister Ritter das Wort, der allen Mitgliedern und besonders dem scheidenden Oberbürgermeister Dank und Anerkennung für die der Stadt Berlin geleisteten Dienste und für treue Pflichterfüllung aussprach. Mögen auch die politischen Verhältnisse das Scheiden bedingen, so glaube er doch, daß die Bürgerchaft Berlins die geleistete Arbeit nicht vergessen werde. Mit Abschiedsworten und Händedruck verabschiedeten sich die Mitglieder des alten Magistrats, von denen mehrere im neuen Magistrat ein weiteres Tätigkeitsfeld finden.

## Konferenz der Gemeindevertreter im 4. Bezirk

Die Gemeindevertreter im 4. Bezirk waren am Sonntag zahlreich zusammengekommen, um sich über die Situation auszusprechen und gegenseitig Anregungen zu geben. Das einleitende Referat hielt Genosse u. G. Er schilderte im einzelnen die schwierige Lage der Gemeinden, die besonders in finanzieller Beziehung unangenehm sei. Hierdurch leiden alle Gebiete der kommunalen Tätigkeit. Seine sachgemäßen Ausführungen wurden von den einzelnen Diskussionsrednern gefolgt. Es wurde ausgeführt, daß die Gemeinden weder vom Staat noch vom Reich Mittel erhalten hätten, um auch nur die allerdringendsten Aufgaben zu erfüllen. Die Arbeitslosigkeit sei das Problem, an dem die Gemeinden nicht vorbeikommen, die sie aber nicht lösen können. Die Behörden wie demobilisierungskommission, Arbeitsministerium, verlagten. Es wurde unter allen Umständen mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Auch andere Fragen, wie das Gesundheitswesen, wurden eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, zum 27. Dezember eine neue Konferenz einzuberufen, um die Finanzfrage in den Kommunen eingehend zu erörtern mit einem Referat als Einleitung. Es wurde noch angeregt, daß zu dieser Konferenz nicht nur die Schöffen und Gemeindevertreter erscheinen sollen, sondern auch die Kommissionsmitglieder der eingerichteten kommunalen Kommissionen, um bei Ausscheiden von einzelnen Gemeindevertretern geeignete Kräfte zur Verfügung zu haben.

In der ersten Sitzung der neuen Deputation für Arbeit und Gewerbe würdigte der Vorsitzende, Stadtrat Brühl, die großen Verdienste seines Vorgängers, des aus dem Amte scheidenden Stadtdienstes. Er gedachte seiner langjährigen Tätigkeit auf vertriehten Gebieten der sozialen Fürsorge und des gewerblichen Lebens, insbesondere beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht als Vorsitzender der Gewerbe-Deputation, der Deputation für Arbeitsnachweis und des Landarbeitsamtes. Seinem Wirken ist insbesondere der Ausbau des Arbeitsnachweises und des Berufsamtes zu verdanken.

Milchlieferung. Die Lieferung der 1/2- und 1-Liter-Krankenkarten für die Zeit vom Sonntag, den 19., bis Donnerstag, den 23. Dezember, einschließlich findet wie folgt statt: Am 19. und 20. Dezember fällt die Lieferung der 1/2-Liter-Krankenkarte mit 20. Dezember fällt die Lieferung der 1-Liter-Krankenkarte mit 21. Dezember aus. Als Ersatz hierfür wird am 19. Dezember eine

Dose amerikanische gezuckerte Vollmilch zum Preise von 12,55 M. ausgegeben. Am 21., 22. und 23. Dezember wird die 1/2-Liter-Krankenkarte mit Frischmilch beliefert. Die 1-Liter-Krankenkarte wird am 19. und 20. Dezember mit Frischmilch beliefert. Am 21., 22. und 23. Dezember fällt die Lieferung der 1/2-Liter-Krankenkarte mit Frischmilch aus. Als Ersatz dafür wird am 22. Dezember eine Dose gezuckerte Magermilch zum Preise von 8,10 M. verabfolgt, die zugleich als Ersatz für einen weiteren Ausfall für den 24. und 25. Dezember dient. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Russische und deutsche Wissenschaft. An mehrere Professoren der Berliner Universität sind jetzt zwei russische Gelehrte, Kremenow, Direktor des kaiserlichen Königin-Institutes in Petersburg, und Fedorowitsch, Rostos am dortigen Mineralogischen Institut, mit einem Anliegen der Petersburger Gelehrten herangetreten. Die deutschen Professoren sollten an ihre russischen Kollegen die Aufzählung gelangen lassen, die wissenschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Auch zu einem internationalen medizinischen Kongress in Petersburg lädt Kremenow ein. Ferner wollen die beiden Russen mit finanzieller Unterstützung der russischen Regierung, aber wieder auf eine von ihnen selbst hervorgerufene Anregung deutscher Kreise hier eine Art Vermittlungsstelle einrichten, die Vertretern deutscher Intelligenz Wirkungskreise in Russland nachweisen. Ein Berliner Universitätslehrer hält diesem offiziellen russischen Anknüpfungsversuch die Schwierigkeiten entgegen, unter denen gerade die medizinischen Universitätsprofessoren jetzt in Russland ihrem Beruf obliegen müssen. Die Sowjet-

## An unsere Abonnenten

In den nächsten Tagen wird unseren Abonnenten der Wandkalender der „Freiheit“ durch unsere Botenfrauen zugestellt werden. Der Verlag hat sich entschlossen, diesen allen Abonnenten gratis zu liefern. Unsere Postabonnenten erhalten den Wandkalender in der nächsten Woche mit der „Freiheit“ zugestellt. Der Verlag hofft durch diese Maßnahme auch die Gunst derjenigen Abonnenten wieder zu erlangen, die wegen vorgekommener unpünktlicher Lieferung der „Freiheit“ über die Verlagsleitung ungeschickten waren.

Regierung sollte den Postverkehr wiederherstellen, dann werde sich der wissenschaftliche Gedankenaustausch ganz von selbst entwickeln, und die deutschen Gelehrten könnten sich dann direkt über die futuristischen Zustände in Russland unterrichten.

Das Ueberkonfessionelle Haus in Niederspandewitz. Für das erste Ueberkonfessionelle Haus, dessen Grundstein neulich in Berlin-Niederschöneweide gelegt wurde, hat sich Professor Bruno Paul eine Anzahl von Entwürfen geschaffen. Sie sehen entsprechend den vielfältigen Zwecken, denen das Haus dienen soll, eine belebte, um einen großen Innenhof gruppierte Gebäudegruppe von schlichter äußerer Haltung und innerer Form vor. An der Längsseite des Hofes wird sich das Ueberkonfessionelle Haus selbst erheben, dessen Hauptraum als Vortrags- und Theateraal ausgebildet ist. Ein Sonderingang führt in die Urnenhalle. Ein großer Turm, der in den Innenhof hineinragt, wird ein Bureauhaus darstellen. Dazu kommen Versammlungsräume für Jugendvereine, eine Bibliothek usw. Die Anlage wird eine Anzahl von Wohnhäusern einschließen. Für die künstlerische Ausgestaltung des Ueberkonfessionellen Hauses haben Professor August Gaul, der Berliner Bildhauer, und Professor Otto Hettner, der Dresdner Maler, dem Bunde der Ueberkonfessionellen Pläne eingereicht. Gaul denkt in seinen Richtlinien an das Aufheben guter Nachbildungen der besten alten Werte, vermischt mit Schöpfungen unserer Zeit.

Die Entdeckung des Brandes im Polizeipräsidium hat sich noch nicht auflären lassen. Die Explosion, durch die eine Zimmerdecke eingestürzt ist, ist jedoch zweifellos von den Handvorräten der Nahrungsmittel-Untersuchungsstelle an Keiher und Benzol ausgegangen. Die in den Räumen unter dem Brandherd im dritten Stock aufbewahrten beschlagnahmten Sachen sind lediglich durch das bei der Löscharbeit von oben durchlaufende Wasser unerschütterlich in Mitleidenschaft gezogen worden; von der Vernichtung größerer Werte ist keine Rede. Die Aufräumungsarbeiten der Feuerwehr werden voraussichtlich noch heute abend beendet sein. Eine Brandwache ist jedoch für alle Fälle heute noch auf der Brandstätte gelassen worden.

Der Tod auf den Schienen. Gestern morgen wurde der 33-jährige Bahnarbeiter Richard Wellach aus Treptow beim Reinigen der Weichen auf der Straße Neutölln-Treptow von dem Personenzug 1743 überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuld trifft den Verunglückten selbst.

Tod durch Gasvergiftung. Als gestern abend der Kaiserer Willy Bandur und seine Ehefrau in ihrer Wohnung im Hause Schillerstraße 75 in Charlottenburg heimkehrten, fanden sie ihre beiden Kinder, den 3-jährigen Kurt und die 2-jährige Toni, in dem gaserfüllten Wohnzimmer tot auf. Wie sich das Unglück ereignen konnte, bedarf noch der Aufklärung.

Verwaltungsbezirk 1. (Berlin-Mitte.) Die für Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, angelegte Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der kommunalen Kommission fällt wegen der am gleichen Tage stattfindenden Zentralvorstandssitzung aus. Dieselbe findet voraussichtlich Mittwoch nächster Woche statt.

3. Verwaltungsbezirk (Wedding). Heute 6 Uhr Schule Pantstraße 47, Zimmer 11, Sitzung des Fraktionsvorstandes. — Abkündigung der Bezirksleiter, Distriktsobleute der kommunalen Kommissionen der in Frage kommenden Distrikte 11, 13, 16, 17 und 18 müssen dazu unbedingt erscheinen.

18. Distrikt. Alle arbeitslosen Genossen des Distrikts werden hierdurch aufgefordert, ihre Kinderzahl bis Sonnabend beim Genossen Weibrod, Christianstraße 110, n. 3 Tr., abzugeben.

Der Postwagenraub in Friedrichsfelde ist aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat die Täter, den 18 Jahre alten Postillon Otto Scholz in einem Hotel ermittelt und festgenommen. Scholz hat ein Geständnis abgelegt.

Weihnachtsunterstützung an Minderbemittelte in Neutölln. Die Stadterordnetenversammlung Groß-Berlin hat zur Gewährung einmaliger Unterstützungen an Minderbemittelte den Armenverwaltungen Groß-Berlins Mittel zur Verfügung gestellt. Die Verteilung dieser Mittel ist in der Weise gedacht, daß a) für jedes bedürftige Kind 10 M., b) für jede bedürftige erwachsene Person 20 M., c) für bedürftige Eheleute zusammen 30 M. bewilligt werden sollen. Für die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung sind besondere Mittel bereitgestellt. Dieselben erhalten die Unterstützung aus den zuständigen Zahlstellen der Erwerbslosenfürsorge. Minderbemittelte, welche auf eine Weihnachtsunterstützung Anspruch erheben, haben sich bis spätestens 20. Dezember d. Js. bei dem zuständigen Bezirksvorsteher in den Sporthallen zu melden. Es empfiehlt sich, Nachweise über die persönlichen und Einkommensverhältnisse und die Zahl der im Haushalt befindlichen Kinder mitzubringen.

Die Massenübungen in den Bazarbetten haben zu einem Einvernehmen zwischen Patienten und Pflegerpersonal geführt, das gestern in dem Bazarbett Tempelhof in greifbare Erscheinung trat. Die Kranken sollten in Krankenhäusern überführt werden; sie weigerten sich aber ganz entschieden und leisteten Widerstand, so daß die Verwirklichung von der Ausführung ihrer Absicht Abstand nehmen mußte.

Achtung! Betriebsräte! Mittelstufe! Der Kurzus Rechtskunde, Betriebsrätegesetz, wird am Mittwoch, den 22. Dezember, zur bekannten Zeit in malten Räume vorgetragen. Wir bitten alle Hörer sich pünktlich einzufinden.

# Gewerkchaftliches

## Konflikt in der Reichsdruckerei

Der gesamte Betriebsrat der Reichsdruckerei ist zurückerzogen. Anlaß dazu bot der Erlass einer Befannmachung der Direktion ohne Zustimmung des Betriebsrates und unter Ablehnung von Änderungen. Die Direktion gibt außerdem ein Nachrichtenblatt für den Betrieb heraus, ohne den Betriebsausschuss davon in Kenntnis zu setzen. Die fragliche Befannmachung ist in Jagow'schem Kommandostil gehalten und wendet sich gegen die eigenmächtige Entfremdung eines Ausschusses, ebenso gegen Befähigungen der Arbeiter, die am 9. November gearbeitet haben. Der Betriebsrat ist der Ansicht, daß diese Dinge auf dem Verhandlungswege sich hätten beilegen lassen. Der eigenmächtige Erlass der Befannmachung bedeutet einen glatten Bruch der erst kürzlich mit der Direktion getroffenen Vereinbarungen, die besagen, daß alle Befannmachungen und Verfügungen der Direktion im Entwurf dem Betriebsausschuss vorgelegt werden, der bei etwaigen Bedenken eine Besprechung mit der Direktion herbeiführen sollte.

Gewerkschaftsvorstände (Gewerkschaftskommission, Afa Ortskartell) sowie die Delegierten beider Körperschaften, Obleute und Vorsitzende der Angestellten und Betriebsräte! Am Montag, den 20. Dezember, abends 6 Uhr, findet in der Neuen Welt, Halenheide (kleiner Saal) eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, 2. Bericht über die geforderten Nachzuschüsse wegen der Stromerzeugung. Für die Gewerkschafts-Delegierten gilt als Legitimation die überlieferte Einladung. Für die Betriebsräte außer Mitgliedsbuch auch die Betriebsrats-Legitimation bzw. eine mit Firmenstempel versehene Bescheinigung des Betriebsrats, daß sie Obleute, bzw. Vorsitzende des Betriebsrats sind. (Ohne diese kein Zutritt.)

Afa, Ortskartell Groß-Berlin. Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Hat sich auch die „Technische Rothhilfe“ an gesellschaftliche Bestimmungen zu halten? Die Hauptstelle der Technischen Rothhilfe, Berlin W. 15, ist gegenwärtig der Schauplatz einer erbitterten Fehde zwischen der Verwaltung und der gesellschaftlichen Vertretung der Angestellten, die es gern sähe, daß die Verwaltung die erlassenen Bestimmungen innehält. Bereits im Juni d. J. war es einer kleinen Gruppe reaktionärer Elemente unter Führung des Hauptmanns der Reserve Dr. Lorenz gelungen, den Betriebsrat unter Anwendung ungesetzlicher Mittel zu sprengen bzw. dessen Mitglieder zur Niederlegung ihrer Ämter zu veranlassen, weil die Betriebsvertretung gegenüber verfassungswidriger Uebergriffen des vorgenannten Herrn die politische und gewerkschaftliche Kooperationsfreiheit der Angestellten gewahrt hatte. Unter Duldung des Leiters dieser „sozialen“ Organisation, Leutnants der Reserve Lummiß, sind nun wieder eine größere Anzahl Mitglieder des Betriebsrates zur Niederlegung ihrer Ämter veranlaßt worden, so daß in dieser Reichsdienststelle in einem halben Jahre zum dritten Mal Betriebsratswahlen vorgenommen werden müssen. Die Vorsitzenden der bisherigen Betriebsvertretung, die sich in Ausübung ihrer Ämter um die Angestellten besorgt dokumentarisch nachweisbar hochverdient gemacht haben, wurden in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten nicht nur einfach übergegangen, sondern bestränkt mehrfach mit Verfügungen bedroht und der Vorsitzende des Betriebsrates am Tage nach einer Betriebsratsversammlung, die für die Angestelltenvertretung durchaus günstig verlaufen war, unter Heranziehung eines ganz unqualifizierten, fadenheimgen, der Verwaltung seit Wochen bekannten Vorfallbesprechers fristlos entlassen, also schwer gemahregt. Der zweite Vorsitzende wurde von einigen leitenden Angestellten sogar körperlich bedroht. Eine Angestellte, die ein Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss anhängig gemacht hatte, schickte einen Vergleich vor. Herr Leutnant Lummiß lehnt ab, mit dem Bemerkten, daß er mit einer Sozialdemokratin keinen Vergleich schließt.

Betriebsräte der Holzindustrie. Empfangnahme der neuen Legitimationen. Untergruppe 1: Möbelfabrikation (Wohnungseinrichtungen, Küchenmöbel, Laden- und Kontormöbel, Luxus-, Kleinstmöbel, Holzbildhauerei); Dienstag, den 23. Dezember, von morgens 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und Mittwoch, den 24. Dezember, von morgens 9 Uhr bis mittags 11 Uhr. — Untergruppe 2: Bauwesen (Bauhilfskräfte, Einleger, Bodenleger, Zalkoufbranche, Theater- und Filmbühnen, Säge- und Schneidmühlen); Mittwoch, den 23. Dezember, von mittags 12 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. — Untergruppe 3: Musikinstrumentenfabrikation (Piano, Flügel, Geigenbau, Blasinstrumente); Donnerstag, den 30. Dezember, von morgens 9 Uhr bis mittags 11 Uhr. — Untergruppe 4 und 5: Stroh- und Schirmfabrikation, Perlmutter- und Zelluloseverarbeitung (Knopfmacher, Kammarbeiter, Perlmutterarbeiter); Riffen- und Kofferfabrikation (Karosseriebetriebe, Modelldreherei, Wädherei, Sargfabrikation); Donnerstag, den 30. Dezember, von mittags 12 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. — Untergruppe 6 und 7: Bergarbeiterbetriebe (Bergarbeiter und Rahmenmacher); Rohwarenartikel, Bürsten- und Pinselherstellung; Freitag, den 31. Dezember, von morgens 9 Uhr bis mittags 11 1/2 Uhr. Legitimation als Betriebsrat und Verbandsbuch ist mitzubringen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Bureau: Kungestraße 30, Zimmer 3.

## Aus den Organisationen

- 1. Distrikt. Genossen, welche an der Silvesterfeier teilnehmen, treffen sich Sonntag nachmittags 10 Uhr bei Schillerstr. 110, Zimmer 11.
- 11. Distrikt. Die Mitglieder treffen sich Sonntag vorm. 10 Uhr in ihren Wohnvierteln. Es geht um wichtige Dinge, die ein schickliches Erscheinen unbedingt bedingt.
- 12. Distrikt. Sämtliche Metallarbeiter treffen sich Sonntag früh 10 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Wkt. bei Schillerstr. 110, Zimmer 11. 2. Wkt. bei Poststr. 10, n. 3 Tr. 3. Wkt. bei Kloppe, Dandstr. 10, 4. Wkt. bei Kahlkopf, Greifswaldener Str. 28.
- 13. Distrikt. Am Sonntag findet in der Schulaua Steinstraße 40 eine Weihnachtsfeier für die Kinder der erwerbslosen Genossen statt. Eröffnung 6 Uhr. Anfang pünktlich 7 Uhr. Eintrittspreis 10 Pf. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
- 14. Distrikt. Weihnachtsfeier am 2. Feiertag vorm. 11 Uhr im Humboldt-Theater, Bahstr. 19. Eintrittskarten zu 2 M. bei G. Glöckler, Freiheitsplatz, Poststr. 60. Abrechnung sofort bei G. Glöckler, Bahstr. 19, n. 4 Tr. 5. Distrikt. Weihnachtsfeier. Montag abends 6 1/2 Uhr Sitzung bei Fritz Stewer, Kuno-Edel-Schillerstr.
- 6. Distrikt. Sonntag nachm. 4 Uhr in der Aula des Kommunales Besetzungsweihnachtsfeier. Die Untergruppe soll Genossen in Pflicht.
- Wilmersdorf, Schwergarten, Grünwald. Am Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 3 Uhr, findet die Weihnachtsfeier in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule in Wilmersdorf, am Seepark, statt. Kinderausführungen, Kirchenmusik und Uebertragungen für Kinder. Eintritt 1 M., Kinder und arbeitslose Genossen frei.
- Wilmersdorf, Bildungsausschuss. Die Wilmersdorf wird am Sonntag, den 19. Dezember, bei Streiter, Chausseestraße, neu eröffnet. Die Ausgabe findet von 7 bis 9 Uhr statt.
- Wkt. Zum Bekken der Arbeitslosen und deren Kinder veranstalten unsere Genossen am zweiten Weihnachtsfest im Saal von Kahlkopf einen „Kuchen-Weihnachtsabend“. Beginn 8 1/2 Uhr nachm. Eintritts frei in beiden beim Genossen Weibrod, Chausseestraße 110, Zimmer 11. Eintritts frei in beiden beim Genossen Weibrod, Chausseestraße, jeweils in beiden Spielstätten in Kahlkopf, Kuno-Edel und Seepark, sowie bei den Bezirksführern.

## Bereinskalendar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sozialhilfeverein und arbeitslosenunterstützung des Betriebs der Holz- und Möbelfabrik. Am Sonntag, den 18. Dezember, abends 6 Uhr, findet im Lokal von Kurt Wills, Poststr. 10, eine sehr wichtige Stimmerversammlung statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlkopf, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: Kurt Wills, Berlin. Druck des Verlags: Kurt Wills, Berlin. Druck des Verlags: Kurt Wills, Berlin.

